

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur
mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt:
Fr. Hagelweide, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Carl Rankau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg

Volksstimme

Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Frangos 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition v. dem Verleger
bestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
einf. Bestellgeld.
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Zeltungsliste 2 Pf.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 181. Magdeburg, Mittwoch, den 5. August 1896. 7. Jahrgang.

Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongress.

C. B. London, den 31. Juli 1896.
In der Nachmittagsitzung ladet der Rechtsanwalt und Professor an der Neuen Universität zu Brüssel Emile Vandervelde, E. Brouderé und Georges de Fuisseur zu einer Konferenz der sozialistischen Akademiker ein, die am 25. und 26. Dezember in Brüssel stattfinden soll. Es handle sich nicht um eine Scheidung zwischen geistigen und körperlichen Arbeitern, aber es gäbe doch Fragen, die allein die Studierenden und Studierten interessierten.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung:

Die internationale Organisation.

Berichterstatter der Kommission ist der Engländer C. W. Gibson. Die Kommission könne die Veröffentlichung einer internationalen Zeitung angeht, die Kosten und der Herausgabe nicht empfehlen, daß alle sozialistischen Zeitungen die Hauptaufgabe über die soziale Frage von allen Ländern enthalten. Folgende Resolutionen werden empfohlen:

1. Der Kongress beschließt, daß der Versuch gemacht werde, ein ständiges internationales Bureau mit einem verantwortlichen Sekretär zu errichten, das seinen Sitz in dem hierzu passendsten Lande in Europa haben sollte.
2. Ein kleines Komitee wird von diesem Kongress ernannt mit dem Auftrage, dem nächsten internationalen Kongress Vorschläge zur Ausführung des in Resolution 1 Gewünschten zu unterbreiten.
3. Dieses Komitee soll berechtigt sein, als provisorisches Komitee zu handeln. Jede Nation, die in ihm nicht vertreten ist, hat das Recht, einen Vertreter bis zum nächsten Kongress zu entsenden.
4. Der Kongress erkennt die wachsende Notwendigkeit internationaler wirtschaftlicher Information an. Er ersucht deshalb alle Nationen, ihren ganzen Einfluß anzuwenden, um die Beschäfte des Brüsseler und Züricher Kongresses, betreffend die Errichtung eines internationalen Informationsbureaus zur Ausführung zu bringen.
5. Angesichts der starken Einwanderung nach Amerika, die dem Kapital die Gelegenheit verschafft, die Löhne zu reduzieren und den Arbeiterstand der Arbeiter zu unterdrücken, angesichts der Tatsache ferner, daß viele der Einwanderer früher mit der Arbeiterbewegung ihres Landes in Verbindung standen, in Amerika jedoch (größtenteils aus Unkenntnis) sich der Bewegung nicht anschließen und somit der internationalen Bewegung verloren gehen, empfiehlt der Kongress, eine Einrichtung zu treffen, durch welche in den europäischen Häfen und auf Auswandererschiffen Schriften verteilt werden mit Informationen über die amerikanische Bewegung, und welche Anleitung für sozialistische Agitatoren giebt, wie dieselben am besten ihre Landarbeit in Amerika organisieren können.

Gibson weist darauf hin, daß die Resolution nur alle Wünsche zusammenfasse, um sie endlich ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Er schlägt als Sitz des internationalen Komitees London vor.

Dieser Vorschlag wird ebenso wie die Resolutionen debattelos und einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Kriegfrage.

Der Berichterstatter G. Wurm-Berlin empfiehlt namens der Kommission folgende Resolution:

Die Hauptursache der Kriege sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die religiösen oder nationalen, sondern die wirtschaftlichen Gegensätze der bestehenden Klasse in den verschiedenen Ländern. Wie sie Leben und Gesundheit der Arbeiter unabhängig auf dem Schlachtfelde der Arbeit opfert, trägt sie auch keine Ehen, deren Blut fließen zu lassen, um durch Eroberung neuer Absatzgebiete sich neuen Gewinn zu verschaffen. Die arbeitende Klasse aller Länder hat daher die Aufgabe, dieser Vergeßlichkeit durch die Kriege genau so entgegenzutreten, wie jeder andere Vorgefallene und Ausbeutung, die von der bestehenden Klasse gegen sie verübt wird.

Zu diesem Zwecke muß sie die politische Macht erringen, um die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und dem Agieren der Werkzeuge der Kapitalistenklasse, gleichzeitig in allen Ländern die Mittel zu verweigern, die zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes dienen.

Die stehenden Heere, durch welche die Völker schon im Frieden ausgezehrt, und deren Kosten auf die arbeitende Klasse abgewälzt werden, vermehren überdies nicht nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen, sondern dienen gleichzeitig zu immer brutaler werdender Unterdrückung der Arbeiterklasse aller Länder. Deshalb verurteilt auch die Arbeiterklasse aller Länder die Waffen nieder! wie jeder andere Appell an das Humanitätsgefühl der Kapitalistenklasse.

Nur die Arbeiterklasse kann endlich den Willen haben und sich die Macht erringen, den Weltfrieden zu schaffen. Deshalb fordert sie:
1. Abschaffung der stehenden Heere und Einführung der Volkswaffenbewehrung; 2. Einrichtung von Schiedsgerichten, die Streitigkeiten zwischen den Völkern friedlich zu schlichten haben; 3. endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schiedsgerichtes annehmen.

Sie protestiert gegen die Abkündigung geheimer Staatsverträge. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist aber, wie jede empfindliche, zu Gunsten der Arbeiterklasse erhobene, nur dann zu erreichen, wenn sie sich maßgebenden Einfluß auf die Selbstregierung erringt und durch Anknüpfung an den internationalen Sozialismus die wahre Verbindung der Völker herbeiführt.

Rechtstagsabgeordneter E. Wurm hat hervor, daß die Kriegskommunisten ihre Arbeiten in sehr friedlicher Weise erledigt habe. Ein Antrag, den Generalrat zu proklamieren, um den Krieg abzuschließen, der von französischer Seite kam, wurde abgelehnt und die beiden Delegierten, die den Antrag vertraten, schlossen sich schließlich der Majorität an. Nebenbei bemerkt eingehend den gestern mitgeteilten Bericht der Resolution. Die stehenden Heere geben gewissenlosen Herrschern die Möglichkeit, sich die Vorrechte zu holen, von denen sie Tag und Nacht träumen mögen, die aber nicht die Vorrechte sind, die die Völker den wahren Göttern und Besten zuerkennen. Ueberall für die Welt in Waffen; die Arbeiterklasse muß die politische Macht erringen, um den Krieg zu beseitigen. (Lebhafte Beifall.)

Ein französischer anarchistischer Sozialist Boicervoise erklärt sich gegen den Einmarsch der stehenden Heere durch die Völker.

Man kann an der Schweiz sehen, daß damit im Grunde nichts geändert werde. Redner empfiehlt die Anwendung revolutionärer Mittel. Die Sozialisten im französischen Parlament könnten bei dieser Gelegenheit hier einmal zeigen, ob sie wirklich revolutionäre wären. (Lachen bei einem Teil der Franzosen und bei den Deutschen.)

Der Engländer Bancroft beantragt gleichfalls die Forderung „Einführung der Volkswaffenbewehrung“ zu streichen. Der Sozialismus bedeute den Frieden, also dürfe auch das Volk nicht bewaffnet sein, und alle Streitigkeiten müßten durch internationale Schiedsgerichte geschlichtet werden.

Der Engländer Landsbury tritt dem Vorredner entgegen. Das Volk müsse bewaffnet, nicht entwaffnet werden. Eine Witz sei nie eine Gefahr für den Frieden. (Lebhafte Beifall.)

Das Amendement Boicervoise-Bancroft wird abgelehnt. Die weitere Debatte führt zur Annahme eines Amendements von Belford Bafe, wonach die Forderung 1 und 2 der Resolution nunmehr lautet: 1. Abschaffung der stehenden Heere in allen Ländern und Einführung der Volkswaffenbewehrung. 2. Einrichtung eines internationalen Schiedsgerichtes. — Der übrige Text der Resolution wird nicht verändert und mit großer Majorität angenommen. Dann vertagt sich der Kongress auf Sonnabend.

C. B. London, den 1. August 1896.

Den Vorsitz führt Sigg (Schweiz) Beigeordnet sind ihm Plechanoff (Rußland), Dr. Adler (Österreich) und van Kol (Holland). Der Kongress nimmt durch Zuruf eine Resolution der bulgarischen Delegation an, wonach der Kongress dem morgen in Sofia zusammentretenden dritten Nationalkongress der bulgarischen Sozialdemokratie seine herzlichsten Grüße und Glückwünsche sendet. Ferner liegt eine Resolution der italienischen Delegation vor. Sie nimmt auf die traurigen Vorfälle in Zürich Bezug, wo es zu einem Zusammenstoß und Kampf zwischen schweizerischen und italienischen Arbeitern gekommen und ein Schweizer dabei getötet worden ist. Die italienische Delegation erklärt, daß so traurige Tatsachen nur die Folge der großen wirtschaftlichen und moralischen Sklaverei ist, der die italienischen Arbeiter unterliegen (lebhafter Zustimmung), und die sie zwingt, Italien zu verlassen und (Fortsetzung in der Beilage.)

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht

Wegen Kaiserbeleidigung wurde vor der Strafkammer zu Nitrowo der Bäckergehilfe Valentin Wojczakski zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Tübingen der 57jährige Weber Schmidt zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Schmidt war zuletzt im Arbeitshaus untergebracht, aus dem er wegen der schweren Arbeit entflo. Um nicht wieder dorthin verbracht zu werden, erging er sich bei seiner Festnahme in beleidigenden Äußerungen gegen den Kaiser. Nun hat er Unterkunft im Gefängnis. — Wegen Kaiserbeleidigung hatte sich vor der Strafkammer des Landgerichts Naumburg der aus Döhringen gebürtige Malergehilfe Karl Wien, zur Zeit in Freyburg, zu verantworten. Die beleidigenden Äußerungen sind aus Anlaß der Kyffhäuser-Fest gefallen. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Die Begnadigung bekräftigter Polizisten mißfällt sogar einem bürgerlichen Blatte. Der konservative Reichshof glaubt allgemeiner Zustimmung sicher zu sein, „wenn er in aller Ehrfurcht feststellt, daß Begnadigungen dieser Art dem Rechtsgefühl des Volkes nicht besser entsprechen, wie die eine Zeit lang stehend geübten Begnadigungen verurteilter Duellanten. Es ist eine wichtige Pflicht des Herrschers und der Regierung, ihre Beamten und Diener dort zu schätzen und zu belohnen, wo sie in treuer, legaler Ausübung ihrer Pflicht gehandelt haben. Unsere revolutionär unterwühlte Zeit erfordert dies besonders. Aber wenn man ungesetzliche Ausschreitungen von Beamten in Schutz nimmt und die von einem ordentlichen Gericht dafür erkannten Strafen abschwächt, so setzt man sich selbst in das Unrecht und schafft eine Art Privileg für Pflichtvergessenheiten der unteren Organe, welches die bürgerlichen Kreise verletzen muß und sicher nicht erzieherisch auf den Geist der Beamtenerschaft einwirkt.“ Eine Ausnahme will sonach auch der Reichshof gelten lassen — „unsere revolutionär durchwühlte Zeit erfordert dies.“ Daß wir auch diese Ausnahmen bekämpfen, versteht sich am Rande. —

Zu den Begnadigungen von Polizisten teilt die Stettiner Abendzeitung einen neuen Fall mit. Ein Polizeiwachmeister aus Trebnitz in Schlesien, der wegen Erpressung eines Geständnisses zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt war, ist zu vier Monaten Festungshaft begnadigt worden. —

Für die agrarische Seite gegen die Regierung liefert der bekannte agrarische Schriftsteller und Gutbesitzer Edmund Klapper in der Deutschen Tageszeitung ein bezeichnendes Beispiel. Er bezeichnet die Begründung der Ablehnung des Margarinegesetzes in der ministeriellen Berliner Korrespondenz als empörend. Die Unwah-

fastigkeit dieser Begründung müsse jedem ehrlichen Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben. Herr Klapper fühlt sich „im Innersten erschüttert“ darüber, daß man es wagt, die Ablehnung mit dem Mantel der Fürsorge für die leidende Landwirtschaft zu behängen und daß man sich nicht schämt, ein so fadenstieliges Gewebe für diesen Mantel in der Berliner Korrespondenz zurechtzuschneiden. Herr Klapper weiß auch zu erzählen, daß die Ablehnung der Vorlage eine Folge des Besuchs sei, den die beiden Minister Febr. v. Hammerstein und v. Bötticher der Mohr'schen Margarinefabrik in Bahrenfeld gemacht haben. Seitdem bestand für Herrn Klapper kein Zweifel mehr darüber, daß, wie bei allen anderen Akten der neudeutschen Wirtschaftspolitik, so auch in der vorliegenden Frage die Interessen des großkapitalistischen Unternehmertums den Sieg davontragen würden. Wieviel Mühe Margarine mögen die beiden Minister von Herrn Mohr zwecks „Befestigung“ bekommen haben? Vielleicht entdeckt das der Herr Klapper auch noch, fintemalen er sich doch so vorzüglich auf das agrarische Klapper-Handwerk versteht!

In Reichsanzeiger ist nunmehr die Novelle zur Gewerbeordnung veröffentlicht worden, die eine Zwangsorganisation des Handwerks zu schaffen bestimmt ist. Bekanntlich war die Veröffentlichung des Entwurfs schon Anfang Juli in Aussicht gestellt. Die Zünftler waren bereits unruhig geworden, als die Veröffentlichung so lange verzögert wurde. Wir kommen auf die Vorlage zurück. —

Die Verstimmung der Nationalliberalen im Wahlkreise Westhavelland nutzen die Freisinnigen zu Gunsten eines völkparteilichen Kandidaten aus. So erwartet die Bössche Zeitung von ihnen so viel „Selbstachtung“, daß sie sich den Bündlern nicht aufräumen. Worauf die Kreuzzeitung unter Hinweis darauf, daß 1893 der nationalliberale Herr Wießke „einzig und allein als Mitglied der Bündler gewählt worden sei, wichtig und spitzig bemerkt: „Haben es die Nationalliberalen also 1893 mit ihrer Selbstachtung für vereinbar gehalten, einem „Bündler“ ihre Stimme zu geben, so kann es für sie keine Demütigung sein, wenn sie drei Jahre später dasselbe thun.“ Die Nationalliberalen haben also zu wählen. Sie verzichten sogar auf die Aufstellung eines Zahlkandidaten — arme Partei, die nicht einmal mehr wagt, ihre Geiruen zu zählen. Und dabei hat doch gerade die nationalliberale Presse am schärfsten, wenn auch am pöbelhaftesten, die Sozialdemokratie bekämpft. —

Gegen die französischen Abzeichen hat die Behörde in Glad-Bohringen den Kampf aufgenommen. Auf der Bühne des Stadttheater in Strassburg ist das Tragen der französischen Uniform verboten. Auch ist dem dortigen Buchdrucker- und Typographenverein untersagt, in Zukunft das Vereinsabzeichen zu tragen. Das Vereinsabzeichen besteht in den Buchdruckerfarben rot-gelb-blau-weiß-schwarz. Das Verbot sei erfolgt, weil in der Farbenzusammenstellung des Vereinsabzeichens die Farben der französischen Tricolore enthalten seien. Glaubt man wirklich, mit derartigen Maßnahmen die Germanisation zu fördern? —

Die Opfer unserer gesellschaftlichen Zustände. Nach einer amtlichen Zusammenstellung wurden im Großherzogtum Hessen im Jahre 1895 nicht weniger als 2583 Personen wegen Bettelns rechtskräftig verurteilt. Natürlich entfielen die meisten Verurteilungen in die Zeit des größten Arbeitsmangels. In den Monaten Dezember—Februar wurden 901, März—Mai 663, Juni—August 458 und September—November 521 Bettler verurteilt. 419 der wegen Bettelns verurteilten Personen wurden auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs der Landespolizeibehörde überwiesen und zwar 6 bis zur Dauer von 3 Monaten, 158 von 3—6 Monaten, 121 auf die Dauer von mehr als 6 Monaten bis zu 2 Jahren. Auf die Dauer von 2 Jahren wurden 20 und auf unbestimmte Zeit 26 Personen überwiesen. Weil unsere Gesellschaftsordnung verkehrt ist, müssen Tausende, die Arbeit und Brot suchen, ein schmachvolles Dasein im Gefängnis führen. Jede Verurteilung eines „Bettlers“ ist auch eine Verurteilung des kapitalistischen Systems. —

Belgien. Sonntag fanden die Stichwahlen für 68 Mandate der Provinzialräte statt. In Mecheln siegten die Katholiken gegen die Liberalen mit 500 Stimmen Mehrheit. In den meisten anderen Kantonen siegten die Sozialisten oder Liberalen gegen die Katholiken. Gewählt sind 15 Sozialisten, 32 Liberale und 17 Klerikale. —

Rußland. Die Unterjochung wegen des Massenunglücks bei der Moskauer Krönungsfeier ist durch einen Ulaß an den dirigierenden Senat zum Abschluß gebracht worden, in dem es heißt: „Nachdem wir uns überzeugt haben, daß

Die Ursache des Unglücks darin zu suchen ist die Moskauer Behörden, die verpflichtet waren, die Ordnung und Wohlfahrt der Residenz aufrecht zu erhalten. Nicht rechtzeitig die notwendigen Maßregeln zur Leitung der Volksmassen ergriffen hatten, die dem Chodinskischen Feld zuströmten, nachdem wir darauf den interimsistischen moskautischen Oberpolizeimeister ohne sein Gesuch gänzlich aus dem Dienst entlassen haben, befehlen wir den Ministern des Hofes und des Innern, bezüglich der anderen Beamten, die der Vernachlässigung des Postens schuldig sind, andere von uns bezeichnete Strafmaßregeln zu ergreifen, die den festgestellten Unterlassungen entsprechen. Die Untersuchung muß, wie die Hoffische Zeitung schreibt, ergeben haben, daß die Beamten der verschiedenen Stellen, namentlich die des Hofministeriums, dem die Leitung des Festes auf dem Chodinskischen Felde oblag, und des Ministeriums des Innern, dessen Organe, die Polizei, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Sicherheitsdienst zu sorgen hatten, sich nicht in die Hände, sondern gegen einander gearbeitet haben.

Türkei.

Nach Depeschen der Agence Havas gelang es Freitag türkischen Eingeborenen, in Herakleion einzudringen, wodurch große Unruhe unter der christlichen Bevölkerung hervorgerufen wurde. Eine neue Bande von 150 Mann ist auf der Halbinsel Chalcidion in Macedonien gelandet.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

Die Buchdrucker werden von dem Redakteur ihres Fachblattes an der Nase herumgeführt. In seiner vorletzten Nummer macht der Correspondent für Buchdrucker auf die schon etwa acht Tage alten Konflikte in Leipziger Buchdruckerzirkeln mit folgender ersten Notiz aufmerksam: „Leipzig. Infolge ausgebrochener Tarifdifferenzen sind alle Kollegen, denen Konditionsangebote von hier gemacht werden, angehalten, Erkundigung vor Annahme tragender welcher Kondition bei W. Mitschke, Seeburgstraße 3/5, I, einzuholen.“ Durch die gesamte vielgeschriebene Parteipresse machen schon längst ausführlichere Mitteilungen über die Vertragsstreue Leipziger Buchdruckerbarone die Runde. Sogar in Fachblätter, die mit dem Buchdruckgewerbe nichts zu thun haben, sind sie bereits übergegangen. Es wird hohe Zeit, daß die Redaktion des Correspondent in vernünftige Hände gelegt wird. — Die Steinseker in Halle a. S. sind gestern über 100 Mann stark, in den Streik getreten. — In Differenzen mit dem Unternehmertum befinden sich die Zöpfer in Hamburg (Hirma Wessely, Fischer und Knoop), Kopenhagen (Wallmanns Thonwarenfabrik).

Allgemeiner deutscher Gärtnertag.

H. Frankfurt, 1. August 1896.

Anwesend sind 36 Delegierte, welche 31 Vereine mit 1641 Mitgliedern vertreten. Die Vereine zerfallen in drei Gruppen: 1. Der Hirsch-Dummersche Allgemeine Deutsche Gärtnerverein, 2. der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Centralverein der Gärtnere, 3. die Gruppe der Lokalvereine, die eine Einigung aller Vereine zu erstreben versuchen und von deren Seite auch der Tag einberufen wurde. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie gestalten wir unser Vereinsleben, um eine gedeihliche, einheitliche Entwicklung zu ermöglichen“, stellen die Lokalvereine den Referenten, die andern beiden Gruppen je einen Korreferenten. Die Notwendigkeit einer Einigung wird von allen Seiten anerkannt. Den streitigen Punkt im Referat und in der Diskussion bildete lediglich die Frage: ob die neue Organisation auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen soll oder nicht. Während Lokal- und Allgemeiner Verein hiergegen sind, wird dieser Punkt als unbedingt erforderlich von dem Vertreter des Centralvereins gefordert. Nach den zum Teil sehr lebhaften Debatten gelangt folgende Resolution zur Abstimmung:

Die Erwägung, daß unsere wirtschaftliche Lage und unsere soziale Stellung eine derartige Organisation nicht entsprechend ist; die Erwägung, daß eine Abgabe dieser Aufgabe unbedingt erforderlich ist; der Einzelne aber vollständig weislos hiergegen ist; in fernster Erwägung, daß eine Organisation aus reinem Vereinsleben verstanden wird, um einheitlich Stellung gegen obige Missstände zu nehmen, erklärt der Gärtnertag für das Zustandekommen einer Organisation zu sorgen, in der es möglich wird, daß sämtliche bestehende Vereine der gegebenen Verhältnisse entsprechend ihre Interessen vertreten können.

Es stimmen 29 Vereine mit 1462 Stimmen mit Ja, 3 Vereine mit 83 Stimmen mit Nein. Ein Delegierter mit 44 Stimmen trat noch während der Verhandlungen ein. In der Abend Sitzung wird über „den planmäßigen Arbeitsnachweis als Regulierung des Arbeitsmarktes“ referiert. Der Referent unterbreitet ein Regulativ, nach welchem der Arbeitsnachweis von einer Centrale, die von Prinzipal und Gehilfe anzuerkennen sei, aus zu erfolgen habe. Verschiedene Redner sprachen für und gegen die Ausführungen des Referenten. Hieran schließt sich ein Referat über „die Rechtsstellung der Gärtnere“, die bisher eine vollständig ungeklärte ist. Eine Abänderung in dieser Hinsicht sei dringend erforderlich. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen. Am zweiten Tage wurde der Statutenentwurf vorgenommen. Es wird auch hier ein befriedigendes Resultat erzielt. Wegen vorgerückter Zeit muß der letzte Punkt: „Stellungnahme zur Zwangsorganisation“ von der Tagesordnung abgesetzt werden. Demnach Schluß der Verhandlungen.

Aus den Gerichtsfällen.

Magdeburg. (Landgericht.) In nicht öffentlicher Sitzung wurde der schon öfter bestrafte Arbeiter Andreas Braun zu 1 Jahr Gefängnis, 5 Jahren Exzessiv und Polizeiaufsicht verurteilt. — Der Arbeiter Gustav Zander aus Halle erarbeitete einem anderen Arbeiter die Vermögensgegenstände. — legte sich, als er beim Betteln abgelehrt wurde, einen Stein auf den Kopf des Mannes. Daraus veranlaßte er ungesetzliche Ergänzungen in die Bücher der Gefängnisverwaltung. Der gefürchtete Angeklagte erhielt in Anbetracht der Ver-

strafen 6 Monate 3 Tage Gefängnis und eine Woche Haft. — Die verehelichte Sainenarbeiterin Schöniat Marie geb. Fabian zu Schönebeck, geboren 1850, hatte sich wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Die Verhandlung mußte jedoch behufs Ladung neuer Zeugen vertagt werden. — Der frühere Gerichtsvollzieher Karl Stammer hier, geb. 1853, fertigte am 22. Mai 1895 fälschlich ein Schriftstück an und verschaffte sich darauf von einem Kaufmann ein Darlehn von 1500 Mark. Als die That entdeckt wurde, erstattete der Schwiegervater des Angeklagten das Geld. Dieser flüchtete, wurde aber im Dezember 1895 in Amsterdam ergriffen und ausgeliefert. Er bestritt die Fälschung, die Beweisaufnahme stellte jedoch seine Schuld fest. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Arbeiter W. beantragt von dem Maurermeister Fröhlich eine Lohnrestforderung von 126 Mark. Kläger glaubte zu einem Lohnsatz von 25 Pfg. die Stunde angenommen zu sein, während der Beklagte sowohl als auch der Zeuge behaupten, die Arbeiten überhaupt nicht im Accord ausgeführt zu lassen. Da nach der Berechnung des Accords der Kläger schon mehr bekommen hat, wurde er abgewiesen. — Der Arbeiter A. ist von dem Brunnenmeister W. Anger ohne Kündigung entlassen worden, er beantragt für zwei Wochen à 15 Mark Lohn. Der Vertreter des Beklagten, Buchhalter Harwarth, sowie der Zeuge Droz bekunden, daß dem Kläger bei der Annahme gesagt wurde, er wäre nur ausführend für einige Tage angenommen. Kläger wurde abgewiesen.

Mainz. (Majestätsdiebstahl.) Vor dem Schöffengericht wurde am Sonnabend der Prozeß gegen 13 des Majestätsdiebstahls beschuldigte Arbeiterinnen der A. Bembelchen Webefabrik verhandelt. Hauptbeschuldigt war die Direktrice der Werkstätte, Frau Julie Klein. Vor dem Richter lagten große Haufen entworbener Stoffe, darunter wertvolle Seide aufgestapelt. Sechs Angeklagte wurden unter Annahme milderer Umstände zu Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu 3 Wochen verurteilt, die Strafe aber durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt. Die übrigen sieben Angeklagten wurden kostenlos freigesprochen. Aus diesem Bericht, den wir der Frankfurter Zeitung entnehmen, geht nicht hervor, welchen Lohn die Arbeiterinnen erhielten. Der Diebstahl würde sich dann sehr leicht erklären.

Mainz. (Jugendliche Spitzbuben.) Drei Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren aus Wombach, die im dortigen Gemeindevwald in zwei Fällen Schüler von Mainzger Lehranstalten überfallen, unter Bedrohung durchsucht und ihrer kleinen Habeligkeiten beraubt hatten, wurden vor einigen Tagen in Mainz wegen räuberischer Erpressung zu fünf Tagen, drei Tagen bezw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Nordhausen. (Einen Radfahrer verhaften.) Vom Schöffengericht des Nachbarorts Zfeld wurde dieser Tage der Schafmeister Paß aus dem Nachbarort Woffleben zu 4 Wochen Gefängnis und 20 Mark Kosten verurteilt, weil er einen Radfahrer, dem er mit seiner Schafherde nicht auswich, gepackt, zur Erde geworfen, verlegt und beleidigt hatte.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 1. August 1896

Still ruht der Bau an der König- und Gustav Adolfsstraßen-Ecke. Da Bauunternehmer Köper nicht geneigt ist, den von dem Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts mit Meistern und Gesellen vereinbarten Lohnsatz zu zahlen, haben heute früh die Maurer die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Durch „freundliche Hilfe“ schnell herbeigeholte Kräfte haben gleichfalls nicht angefangen, da sie erst nachträglich vom Sachverhalt unterrichtet wurden. So steht der Bau still und die Maurer geben sich der Hoffnung hin, daß durch ihr einmütiges Handeln die bestehenden Forderungen anerkannt werden. Sämtliche Maurer erhalten Unterstützung, so daß sie mit ihren Familien nicht Not leiden. Maurermeister Köper hat zu Beginn des Baues den Maurern die vereinbarten 37 Pfennige pro Stunde versprochen, soll aber von seinem Versprechen abgesehen sein, da noch andere Baumeister unter 37 Pfennige zahlen. Den Maurern ist somit der Weg geebnet, den sie zu betreten haben. Um diese Schmutzkonkurrenz zu beenden zu Gunsten eines einheitlichen Lohnsatzes ist hiesiges Festhalten an den vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig. Nur eine starke, zielbewusste Organisation ist dies zu leisten imstande. Mögen die Maurer dessen eingedenk sein, ihre im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen befindlichen Kollegen nicht in den Rücken fallen, aber auch Mann für Mann der Mittwochs neu zu gründenden Organisation beitreten.

Folgende Cartierenschrift vertritt die Magdeburger Zeitung: „In hiesigen Sozialisten, die den Bund der Sozialisten wegen Unfähigkeit der Kartellen verlassen, wollen einen neuen internationalen Kartell bilden, um dem auch Sozialisten zugewandt werden sollen.“ Demnach hat nicht ein einziger Sozialist den Kartell verlassen. Es erhebt sich jedoch, diese Mitteilung richtig zu stellen.

Die Magdeburger Zeitung wendet sich wieder in einem Zwischenglied bei den deutschen Sozialdemokraten. Dem Schluß der Parteiverhandlungen hat es vorbehalten, diese Zwischenglied zu erklären. — Schluß der Sitzung mit Schluß der Verhandlungen. — Schluß der Sitzung mit Schluß der Verhandlungen.

Die Volksstimme soll helfen, helfen, das ist ja nicht. Es ist nicht einmal in der Lage, die wahren Zustände der Arbeiterbewegung zu erklären, weil die Zeitung sagt, es sei zu reden über unsere Arbeitslosen. — Die Volksstimme soll helfen, helfen, das ist ja nicht. Es ist nicht einmal in der Lage, die wahren Zustände der Arbeiterbewegung zu erklären, weil die Zeitung sagt, es sei zu reden über unsere Arbeitslosen. — Die Volksstimme soll helfen, helfen, das ist ja nicht. Es ist nicht einmal in der Lage, die wahren Zustände der Arbeiterbewegung zu erklären, weil die Zeitung sagt, es sei zu reden über unsere Arbeitslosen.

gegen den Schutz der Arbeiter, gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Arbeiterangehörigen weiter. Zufrieden sollen wir mit der gehobenen Lohnhöhe sein. — Das vom Teufel verleiht die Welt unter Aufrechterhaltung. Man betrachte sich einmal die Arbeit auf der Erde. Auf die obere Hälfte gehören mindestens 5-6 Arbeiter, die obere Hälfte aber nur zwei, auf die größere Hälfte gehören acht Arbeiter, aber nur vier bewältigen die riesenhafte Arbeit. Die Handwerker führen oft Klage über das Ausbleiben ihrer Kolonnen. — Dem besten Willen können diese aber nach Wunsch ihres Vorgesetzten Arbeit nicht verrichten. Ist hinstanden haben sie auf Abfertigung warten. Die Verwaltung hat gut jubiliert über die Ersparnisse an dem Güterboden. Die Ersparnisse entkommen der rasstlosen Ausbeutung weniger Arbeiterkräfte. 2 Mark 30 Pfg. Lohn pro Tag. Ein fleißiger Familienvater, der mit diesem Lohn zufrieden ist. Dabei dürfen wir nicht klagen. Wehe uns, wenn wir auch nur den Versuch machen, aber unsere Lage zu unterhalten. Jemand so ein betrübter Rod ist bemerkbar. Und so mancher unserer Kameraden hat verlernt, sich über seine Lage zu äußern. Verhaltener Groll tobt in unserer Brust und die neuesten Vorgänge sind scheinlich nicht angetan, unser Gemüt zu beruhigen. Mit Sehnsucht erwarten wir die künftige Reichstagswahl. Wir sind sich ja kaum zu geben, ob aus den Eisenbahnarbeitern, zufriedenen Menschen oder Sozialdemokraten geworden sind. Die Entlassung Schwans allen vor Augen, darum sagen wir uns vorläufig, darum stimmen wir ein in Hochs; ob diese Hochs aus innerer Ueberzeugung kommen das entscheide wer Lust hat.

Die Freischaftscheine entzogen. Den Eisenbahnarbeitern sind, wie berichtet wird, im Bezirk der Bahndirektion Straßburg die Freischaftscheine entzogen worden. Das ist sicher eins der besten Mittel die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Ob auch die höheren Beamten der Freischaftscheine entzogen sind, entzieht sich unserer Beurteilung. — Wer sich ein Bild von der herrschenden Arbeitslosigkeit machen will, der begeben sich auf die Bureau der Arbeitsnachweise, der erkundige sich bei den Stellenermittlern, der blicke auf diejenigen Leute die vor den Schaufenstern der Expeditionen des Generalanlegers und Centralanzeigers stehen und den Arbeitsmarkt studieren, oder aber zähle diejenigen Leute, die früh morgens vor Geschäften und Fabriken stehen, deren Inhaber Arbeitskräfte verlangen. Ein Bild des Jammers offenbart sich hier oftmals dem Beschauer. Um so unverfänglich ist die Heranziehung des Militärs zu privaten Arbeiten. Jüngst traf wir vor dem Hause Wallstraße 1a zwei Soldaten des Infanterie-Regiments, die Köhlen für den Zählmeisterleutnant Jander in den Keller zu tragen hatten. Die Militärverwaltung thut gut, diese Beschäftigung den Soldaten zu unterlassen. Die Erhaltung des Heeres kostet der Steuerzahler schon einen schönen Groschen; nicht gut ist es, wenn die Soldaten den Steuerzahlern noch die Arbeitsgelegenheit rauben. [A]

Ausbeutung weiblicher Hilfskräfte. An der polnischen Bewegung nehmen verhältnismäßig nur sehr wenige Frauen Anteil. Wohl konstatieren wir mit großer Genugthuung, daß die öffentlichen Versammlungen sehr zahlreich von Frauen besucht werden. Die Zahl der selben ist aber im Verhältnis zu der enormen hierorts beschäftigten Zahl der Arbeiterinnen eine sehr kleine. Die Mehrzahl der Arbeiterinnen kümmert sich verneinlich wenig um die Welt und was darinnen vorgeht. Die geistige Sekunde, die sie sich gewöhnt, ist dazu angepaßt, Geist und Gemüt zu verdrängen. Man nehme nur einmal die hierorts gelehrten Blätter zur Hand und man wird staunen über den Klatsch und Tratsch der den Fernen geboten wird. O wie herrlich ist es darnach auf dieser Welt zu sein! kein Wort des Tadels finden wir, höchsten stoßen wir auf eine Beschuldigung derjenigen, die sich erheben, den Geschier zu lästern den bürgerliche Schönfärbler über unsere sozialen Zustände gespannt haben. Das hält uns aber nicht ab, dem Uebel entgegenzutreten, wir immer es sich bemerkbar macht. Man begeben sich nur einmal in die Sauerthofstraße von Bremer. Dortselbst sind ca. 35 Frauen und Mädchen beschäftigt. Früh 6 Uhr beginnt ihre Thätigkeit, die abends 7 Uhr endet. Das bürgerliche Mittagmahl einzunehmen ist eine Stunde, die frühstück und Besper je eine Viertelstunde gewährt. Und lächlig müssen die Frauen und Mädchen zusehen; wehe derjenigen, die eine kurze Spanne Zeit aussetzt — ein wohlthätiger Ruf hat ihr. Und wie bezahlt Herr Bremer diese Arbeitskraft. O scheltet nicht. Die Bezahlung ist eine großartige — pro Tag 75 Pfennige. Aber was murren wir. Herr Bremer ist sehr menschenfreundlich, wer wollte das nicht anerkennen. Damit seine weiblichen Arbeitsbienen sich nachmittags füttern können, wird zum Besper Kaffee und „was dazu“ verabreicht. Die Auszahlung erfolgt am Abend eines jeden Tages. Für Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung wird nichts in Abrechnung gebracht. Nicht etwa weil Herr Bremer die fälligen Beiträge selbst entrichtet, sondern weil er es nicht für notwendig erachtet hat, die Arbeiterinnen den vorgeschriebenen Kassen zuzuführen. Und die große Mehrzahl der weiblichen Arbeitsbienen ist mit dem Lohnsatz zufrieden, sie murren nicht, schauzen ruhig weiter zum höheren Post des modernen Unternehmertums, das die Frau aus dem Haus und in die Fabrik getrieben hat. Die sollten sie auch anders handeln. Arme und Reiche hat es ja stets gegeben und Arme und Reiche wird es auch in Zukunft geben, warum hat sich abzurufen die Armut für den Reichthum und die gesamte bürgerliche Presse ruft halbesah. Hoffentlich dümmert noch in den Köpfen dieser ausgebreiteten Weiber; vielleicht kommen sie noch zu der Erkenntnis, daß sie sich schwer verjüngigen an ihre Klassen-gewissen, die sie von einer feilen, liebdienerischen Presse abgemahnt haben. [B]

Fort mit den Trinkgeldern. Wie unsere Leser wissen, hat sich am vergangenen Freitag ein Verein der Gastwirtsgehilfen gebildet. Wir wünschen dieser jungen Vereinigung ein kräftiges Gedeihen. Gestützt kann dieselbe werden, wenn die Gastwirthe, die mit den Bestrebungen der Arbeiter sympathisieren, nur organisierte Gastwirtsgehilfen anstellen. Aber auch das Publikum kann zur Kräftigung dieser Organisation beitragen. Ein vorzügliches Mittel ist die Verweigerung des Trinkgeldes. Die Gastwirtsgehilfen werden durch die Trinkgelber tief gekränkt. Die Bezahlung der Bedienung schiebt zum großen Teile der Gastwirts auf die Gäste ab. Wie kommen diese dazu, außer den hohen Preisen für „geschmittenes Bier“ und allerlei Speisen auch noch die Bedienung zu bezahlen. Ein Wunder erbärmlichster Art wird hier getrieben. Wird grundsätzlich das Trinkgeld verweigert, dann müssen die Kellner auf bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft dringen. Und wollen die Gastwirtsgehilfen bessere Bezahlung erlangen, haben sie sich zu organisieren. Ein besonders Augenmerk ist auf die Lokalitäten zu richten. Dieselben entkommen gemeinlich den einzelnen Gewerken, deren Organisationen sie nur zu einem verschwindenden Teile angehören. Die Volksstimme kann diese Leute zum dem Namen nach. Diese Lokalitäten zu organisieren, ist gleichfalls eine Aufgabe des Vereines der Gastwirtsgehilfen. Sichtlich hat die Organisation auf Beseitigung der Trinkgeldbezahlung für Reinhaltung des Lokals, für Reinigung der Messen und dergleichen einzutreten. Die Gastwirtsgehilfen können sich unserer Unterstützung berufen. [C]

Der Jahrmärktenummel auf dem Rothhorn hat Sonntag begonnen. Wie gewöhnlich, ist dabei wieder viel geredet, gut gegessen und getrunken worden. Das Kaffeblatt des fremden Spießbürgers lobt die herzlichen patriotischen Reden einzelner Schönen, aber auch Schöne und Keller des Schützenwirts. Wie mag manchem Wein und Bier gemundet haben? Dem Jahrmärktenummel selbst wissen hiesige Mütter nur gutes zu reden. Sie empfehlen die Spielstätten, wo die, so nicht alle werden, ihr gutes Geld los machen können, weiter die Spielstätten, die Trinkhallen, ganz besonderes Lob wird den Würstchen geübt. Jedenfalls ist die Probe in den Reaktionsstadien über dasjenige, was Muttern gut ansgesessen — umsonst koste kein Jahr. Ein Volkstheil soll dieser Jahrmärktenummel sein — nettes Volkstheil. Wenn auch jeder gewisse Leute sich etwas vorzüglicher ausdrückt in ihrer Bier- und Weinraus, so besorgen aber verschiedene Leute das Uebrige. Der Jahrmärktenummel hat es zuwege gebracht, daß der Volksstimm nicht ein einziges Institut zugegangen ist — sie wird von sämtlichen Bodenbesitzern genau so bespottet, wie von den Schanzwirts, die ihre Lokalitäten den Sozialdemokraten betreiben. Nun, wir erörtern uns betrogen nicht. Dieser Jahrmärktenummel mit seinen offener und verdeckten Geheimnissen widersteht uns. Wenn also ein großer Teil der Bevölkerung übergegangen ist, so wandere man sich nicht, wenn dieser Teil an den vielgenährten Herrschaften still vorbeizieht und sich glücklich freut, das Geld in der Tasche zu behalten.

Kommunale Angelegenheiten. Zu den Eisenbahnüberführungen geht der Magdeburger Zeitung folgender Bericht zu: Ueber die Umgestaltungen der Eisenbahn-Anlagen in der Neustadt hatte

Die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung vom 7. Mai unter anderem beschloffen, es solle angestrebt werden: 1. eine Verbreiterung der bereits vorhandenen Eisenbahnüberführung der Rothenseerstraße von 13 auf 15 Meter, 2. Anlage einer neuen Straße, die von der Rogäckerstraße aus südlich der Stendaler Bahn entlang derselben nach der Fortsetzung der Wasserluststraße führt, 3. Herstellung einer Tunnelunterführung für Fußgänger in der Fortsetzung der Wasserluststraße. Im Verfolg dieses Beschlusses sind nun Verhandlungen des Magistrats mit der Eisenbahndirektion geführt worden, die folgendes ergeben haben: Sowohl in der Rogäckerstraße als in der Rothenseerstraße soll die bisherige Unterführung von 13 auf 15 Meter verbreitert werden. Es sollen zunächst die neuen Eisenbahnüberführungen hergestellt, dann nach Verlegung der Gleise die Gleisanlage über die alten Überführungen entfernt werden. Darauf soll das eine stützende Widerlager der alten Überführung um 2 Meter verschoben werden, während das westliche Widerlager an seiner Stelle verbleibt. Die Stadt soll nur die Kosten der Verschlebung des stützenden Widerlagers um 2 Meter tragen, nicht aber die Mehrkosten der stärkeren Eisenkonstruktion, die die Eisenbahnverwaltung herzustellen müßte, wenn sie an der Stelle der gegenwärtigen Überführungen wiederum Gleise verlegen will. Weiter ist die Eisenbahndirektion bereit, für eine Parallelstraße von 15 Metern Breite, die von der südlichen Rampe des Ueberganges der Rogäckerstraße über die Stendaler Bahn entlang dieser Linie durch den Bahnhöfen der Berliner Bahn bis zur Wasserluststraße angelegt werden soll, den Grund und Boden für die Dauer des Bestehens dieser Straße unentgeltlich zu überlassen, und die Herstellung der Erdarbeiten und die Durchführung der Straße durch den Bahnhöfen der Berliner Bahn zum Selbstkostenpreise auf Kosten der Stadt zu bewirken. Von der Herstellung einer Fußgänger-Unterführung für die Wasserluststraße durch den Bahnhöfen der Hafenverbindungsbahn und den der Stendaler Bahn wird abgesehen. Es werden zwei Tunnel nötig werden, ein solcher von etwa 40 Meter Länge durch den Bahnhöfen der Hafenverbindungsbahn und ein zweiter noch tieferer Tunnel durch den Bahnhöfen der Stendaler Bahn, welche wiederum in der Nähe unter der Vereiner Bahn durchgeführt werden muß. Die nicht unerheblichen Kosten für die Tunnel müßte die Stadt tragen. Ueber diese Angelegenheit wird der nächsten Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen.

Groß-Ottersleben. (Selbstmorde.) Seit kurzem haben hier drei Personen ihrem Leben ein Ende gemacht. Es sind dies der 45jährige Arbeiter Koffe, der eine ganze Familie hinterläßt, der 18jährige Arbeiterbursche Griesack und der 17jährige Arbeiterbursche Bohn. Während bei Koffe als Motiv der That Not in der Familie angenommen werden kann, ist bei den jugendlichen Selbstmördern das Motiv unbekannt.

Saalfeld. (Hochflut.) Die Saale ist infolge starken anhaltenden Regens gestiegen. Es wird eine Uebersetzung der Ufer befürchtet. Zwischen hier und Blankenburg ist die Eisenbahnbrücke infolge des Hochwassers eingestürzt.

Wormen. (Von der Maschine gestürzt.) Der Lokomotivführer Müller aus Hagen stürzte unweit des hiesigen Bahnhofs von der Maschine und wurde verletzt.

München. (Aus dem Gefängnis entwichen.) In der Nacht zum Montag sind aus der Anger-Fronhofs zwei Untersuchungsgefangene, der 23jährige Kaufmann Friedrich Molte aus Frankfurt a. M. und der 24jährige Schauspieler Johann Strauß aus Klagenfurt entwichen.

Wetzlar. (Eisenbahnunfall.) Sonntag früh 4 Uhr stieß auf der Haltestelle Schleife der von Gießen kommende Personenzug auf einen gestohlenen Zug. Mehrere Passagiere wurden verletzt. Der Schaden an Material ist nicht unbedeutend.

In die Elbe geschleudert. Das Pferd einer Droschke, welche einen Herrn und eine Dame vom Helgoländer Dampfer abgeholt hatte, ging in der Nacht zum Montag am Hafen in Hamburg durch. Bei Steinhöft wurde der Wagen in die Elbe geschleudert. Beide Insassen ertranken, der Kutscher wurde gerettet, erlitt jedoch einen doppelten Beinbruch. Die Ertrunkenen sind Ignaz Peresek nebst Frau aus Prag.

Bern. (Abgestürzt.) Beim Edelweißsuchen stürzte im Berner Oberland am Reggishorn bei Frutigen ein Knabe ab; er wurde als Leiche aufgefunden.

Newyork. (Schiffsunglück.) Der Dampfer „La Bourgoane“ der Compagnie Generale Transatlantique ist in Newyork eingetroffen; an Bord des Dampfers befanden sich der Kapitän und die Mannschaft des deutschen Segelschiffes „Eraft“, welches auf offener See untergegangen ist.

Unfälle auf Bauten.

Erschlagen. In Friemar (Thüringen) wurde von einer einfallenden Lehmann ein Mann erschlagen; seine neben ihm stehende Frau wurde schwer verletzt.

Todesfälle durch Hitzschlag. Am Sonnabend sind in Königsberg wiederum 6 Todesfälle infolge Hitzschlages vorgekommen. Auch aus der Provinz werden zahlreiche Fälle gemeldet. Infolge der Hitzschläge hat der Magistrat in Königsberg sich veranlaßt gesehen, auf den städtischen Bauten 2c warmen und kalten Kaffee an die Arbeiter gratis und in reichlichen Portionen verabreichen zu lassen, um die in der Sonnentag Arbeitenden von dem Genuß von Spirituosen abzuhalten und so Differenzienfällen vorzubeugen.

Gerüststurz. Auf dem Neubau Krausenstraße 43 in Berlin stürzte am Sonnabend nachmittags ein etwa drei Meter hohes Gerüst im Erdgeschloß zusammen, so daß die auf ihm beschäftigten Arbeiter herabfielen und mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen, und zwar der Maurer Gustav Schäpe und der Arbeiter Woz Eibau eine Rippenquetschung, der Arbeiter Emil Bahn eine Verletzung am Hinterkopfe, der Arbeiter Hermann Steinberg einen Bruch des linken Unterschenkels und der Arbeiter Leopold Benz leichtere Verletzungen am Auge.

Steinberg und Eibau wurden nach der Charitee gebracht, während die übrigen sich in ihre Wohnungen begaben. Der Unfall ist anscheinend durch übermäßige Belastung des Gerüsts herbeigeführt worden.

Von einer Marmorblöcke erschlagen. Aus Elberfeld geht der Magdeburgischen Zeitung folgende Mitteilung zu: Im Sitzungsaal des Direktionsgebäudes der Bergisch-Märkischen Bank hieselbst fiel einem Arbeiter eine zwei Centner schwere Marmorblöcke, die er, unterstützt von mehreren anderen Arbeitern, auf ein drei Meter hohes Postament stellen wollte, auf den Kopf und zerschmetterte ihm die Schädeldecke. Wenige Stunden später war er eine Leiche.

Absturz von einem Kirchturm. In Szereb-Szt. Marton (Ungarn) hatte der Temesvarer Spänglermeister Friedrich Straly mit seinem Schwager Peter Wog die Ausbesserung des etwa 40 Meter hohen Kirchturmes übernommen. Kaum war Straly am Sonnabend mit Hilfe eines Gerüsts an der Spitze angelangt, als er das Gleichgewicht verlor, abstürzte und im Sturze seinen Schwager mit sich riß. Mit zerschmetterten Gliedern und furchtbar verstümmelt blieben die Beiden auf dem Platze liegen.

Vermischtes.

Die Erdbeben in der sogenannten Behnkühle, einem einstmal blühenden Stadteil Jerlöhns mit großen Geschäfts- und Wohnhäusern und einer Kirche, an deren Stelle sich jetzt ein großer Schlammteich befindet, dehnen sich immer noch weiter aus, so daß neuerdings wieder Häuser gefährdet sind.

In der Elbe ertranken. Ein 13 Jahre alter Real- schüler aus Leipzig, der bei einem Bäckermeister in Gölbn bei Meißn zum Besuch weilte, geriet beim Baden in der Elbe in eine zu tiefe Stelle und ertrank. Der Bäckermeister versuchte ihn zu retten, doch gelang ihm dies nicht, vielmehr fand auch er den Tod in der Elbe.

Ein Hitzschlag fand am Donnerstag und Freitag in Königsberg i. Pr. weitere dreizehn Arbeiter verstorben, im ganzen also 18.

Eine Herrentragödie hat sich, wie vor einigen Tagen gerichtlich festgestellt worden ist, in Forchheim im Badischen abgepielt. Dort fand man eine 70 Jahre alte Frau am Bettposten hängend vor. Sie war erwirgt und nachher aufgehängt worden. Jetzt hat der Mörder, damals in Haft genommen, eingestanden, er habe die Frau ermordet, weil man sie für eine Heze gehalten und als Urheberin schlimmer Krankheit betrachtet habe. Da nichts geraubt wurde, muß man die Ursache für wahr halten. Andere meger Mordverdachts verhaftet gewesene Leute sind denn auch bereits entlassen.

Eine neue Blüte des Bismarck-Kultus finden wir in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Da heißt es wörtlich: „Selbst der Papst bewundert in ihm (Bismarck) den geistigen Primus der ganzen Christenheit.“ Hierzu bemerkt die Germania: Das ist so schön gesagt, daß wir nur bedauern können, die Rheinisch-Westfälische Zeitung nicht als den „geistigen Primus in der Bismarck-Anbetung“ erklären zu können; denn Mag Treutler vom Pfläzler Kurier ist ihr darin noch immer über. Derselbe hat vor 5 Jahren Bismarck sogar einen „menschlichen Gott“ genannt. Diesem Gott ist freilich manches Menschliche passiert.

Vom Unwetter überrascht. Von einem Unwetter wurde der Gutbesitzer Driesman mit seiner aus sechs Personen bestehenden Familie auf der Spazierfahrt von Nilon nach Spaa überrascht. Der Kutscher wurde vom Blitze getötet. Die Pferde scheuten und stürzten den Wagen in eine Tiefe von mehreren Metern hinab. Drei Kinder Driesmans blieben sofort tot. Driesmann selbst und seine Frau sind schwer verwundet.

Eine gefühllose Mutter. Aus einem geringfügigen Anlaß durchbohrte Sonnabend nachmittags in Wombach eine Frau Liza ihrem neunjährigen Kinde mit einem Messer die Brust und durchstieß dabei die Lunge. Das Kind ist schwer verletzt.

Militärische Nachrichten.

Soldaten hütet Eure Zunge. In Erlangen ist laut Regimentsbefehl ein Soldat mit vierzehn Tagen Militärarrest bestraft worden, weil er in Uniform auf der Heimfahrt nach Erlangen in einem Eisenbahn- coupée erklärte, er sei Sozialdemokrat, welche Aeußerung Aergernis erregte.

Ein Arbeitstag sächsischer Soldaten. Der 9. Kompanie des sächsischen 1. (Leib-) Grenadier-Regiments Nr. 100 wurde für den 28. v. M. also für den vorvergangenen Dienst, folgender Dienst bekannt gemacht: Früh 3 Uhr Wecken der Kompanie, 5 Uhr Stuben- und Särgerbücherei, 6 Uhr 30 Min. bis 7 Uhr Instruktion, 7 bis 10 Uhr Exerzieren, 10 Uhr 30 Min. Scharnacklopfen, 11 bis 12 Uhr Gewehrreinigen, 12 Uhr 15 Min. Essen der Kompanie, 1 bis 2 Uhr Paß- und Flickstunde, 2 Uhr Ausstellung im Drillanzug, bis 3 Uhr 30 Min. Gewehrputzpolieren, 4 bis 6 Uhr Turnen und Fechten, 6 Uhr 20 Min. Kaffeetrinken, 7 Uhr Reinigung der Stiefeln, 8 bis 9 Uhr Paß- und Flickstunde, 9 Uhr Ausstellung im Exerzieranzug, 10 Uhr Dienstaussgabe. Das ist allerdings kein normaler Dienst. Der normale Dienst erstreckt sich in der Regel auf die Zeit zwischen 6 Uhr früh und 7 Uhr abends. Diese Ausnahme wurde über die Kompanie verhängt wegen drei Mann von der 9. Kompanie über die Zeit ausgeblieben und dafür müssen 120 Mann büßen, indem man ihnen einen Dienst auferlegt, der wirklich Erstaunen erregen muß. Dem Publikum dürfte es gewiß wünschenswert erscheinen, wenn unseren Brüdern und Söhnen im bunten Rod an Strafen zugemutet wird für Handlungen, die nicht sie, sondern andere begangen haben.

Aus dem Arrestlokal entwichen. Aus dem Militär-Arrestlokal in Potsdam entwichen ist der Unterjunkergefangene Unteroffizier Connor von der 2. Batterie des 2. Garde-Feldartillerie-Regiments. Der Flüchtling ist von untersehter Gestalt, blond und war mit Dienstrodt, Extrahose, Extrahäbel und Mütze bekleidet.

Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem Exerzierplatz in Sprottau. Während des Schnellfahrens stürzten beim Ueberfahren eines Grabens zwei Kanoniere der 5. Batterie von der Proze des Geschützes. Einer derselben, der Kanonier Sander, fiel dabei an die Deichsel und kam unter das Geschütz, dessen Räder ihm über Beine und Brust gingen. Die Exerzieren waren durch den Staub sehr erschwert. Der Verunglückte wurde alsbald nach dem Bazarrett gebracht, wo er, dem Sprottauer Wochenblatt zufolge, seinen schweren Verletzungen erlag.

Zur Flottenvermehrung. Die Marine-schwärmer machen den Versuch, den Untergang des Kanonenbotes Jltis für die neuen Pläne zur Flottenvermehrung auszunützen. Aus liegt u. a. ein Artikel der Nord-Ostsee-Zeitung vor, in welchem dem Reichstag zum Vorwurf gemacht wird, daß er unter Verkennung des nationalen Bedürfnisses sich nicht entschlossen habe, die beiden alten Kanonenbote an der ostasiatischen Küste durch neue zu ersetzen. Es sei bedauerlich, daß ein altes Schiff von geringem Leistungsvermögen den entseffelten Elementen hilflos preisgegeben worden sei. Die berufenen Vertreter des deutschen Volkes dürften sich der Pflicht nicht entziehen, Schiffe zu bauen, die für Leben und Gesundheit ihrer Mitbürger draußen auf dem Meere die größtmögliche Gewähr bieten. — Das ist alles haltloses Gerede, so bemerkt hierzu die Freisinnige Zeitung. Das Kanonenbot Jltis hat sich als durchaus leistungsfähig erwiesen. Es ist auch gleich offiziös erklärt worden, daß der Untergang des Kanonenbotes Jltis unter keinen Umständen seinem Alter zugeschrieben werden kann. Auch ein völlig neues, nach den letzten Erfahrungen der Schiffbaukunst konstruiertes Schiff wäre der Katastrophe zum Opfer gefallen, da bei Taifun das Schiff die hohe See nicht erreichen konnte.

Neueste Nachrichten.

Breslau. Bei der Firma Schunert in Breslau ist wegen Lohnkürzung ein Streik der Träger ausgebrochen.

Karlsruhe. Die Bauarbeiter verlangen zehnstündige Arbeitszeit, 1 1/2 Stunde Mittagpauze und 28 Pfennig Minimallohn pro Stunde.

Saalfeld. Von einem Stützflug wurde der Rangiermeister 5 über überfahren und sofort getötet.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen 2c.

Infanture. Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr Versammlung bei Gochum.

Freie Religionsgesellschaft. Die monatliche Gemeindeversammlung findet am Mittwoch, den 5. d. M., abends 8 1/2 Uhr im Gemeindehaus, Marktstraße 1, statt. — In demselben Zuge, nachmittags 2 Uhr, beginnt der Religionsunterricht wieder.

Quittung.

Für Kartenzweck gingen ein: K. M. Neustadt 20,00. — Kranzspende 0,99. — Engländer Dreher 4,46. — Von der Schurtagfeier bei Wamig 2,20. — Ueberreich einer Depesche 0,60. — Vom Geburtstag K. F. 1,02. — Statistiker bei Reiter 1,10. — Raat 0,20. — 7 dinst. ärztlich 0,95. — Albert Vater, Brauereiwann.

Briefkasten.

F. W. Sie verlangen, daß wir im Vereinstalender Notiz von der Versammlung nehem Mehr denn hundertmal haben wir die Bitte ausgesprochen, Notizen für den Vereinstalender einzuschicken. Aus drängt sich die Befürchtung auf, daß diejenigen Herren welche obiges Verlangen fortgesetzt an uns stellen, weder Leser noch Abonnenten der Volkstimme sind, denn wie anders sollen wir uns die Nichtbeachtung redaktioneller Wünsche erklären. — **J. M. H., Griesowitzer.** Lassen Sie sich von Ihren Arbeitskollegen sagen, was die Volkstimme nicht genug bringt. — **H. K., Einbach.** Am 29. in Wittweide über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeit, ihre Ursachen und Folgen; am 30. in Darmstadt über die politische Aktion des Proletariats unter Berücksichtigung der Beschüsse im Reichstage. — **H. H., postlagernd Nürnberg.** Die Aufnahme des Berichtes hat sich um einen Tag verzögert. Für die Berichterstattung besten Dank. Ihre Forderung wollen Sie der Redaktion angeben. — **Wegen Raummangels** noch einmal zurückgestellt das Sommerfest des Schwitzvereins.

Wasserstands.

Ort	2. Aug.	3. Aug.	4. Aug.
König	+ 0,64	+ 0,78	0,14
Dresden	- 0,29	- 0,4	0,19
Torgau	+ 1,26	+ 1,72	0,46
Wittenberg	-	+ 1,90	-
Köhlitz	+ 1,38	+ 1,35	0,03
Barby	+ 1,73	+ 1,78	0,05
Schönebeck	+ 1,60	+ 1,68	0,08
Magdeburg	+ 1,53	+ 1,78	0,25
Langerwies	+ 1,86	+ 2,02	0,16
Wittenberge	+ 1,54	+ 1,66	0,02
Damitz, Pegel	+ 0,98	+ 0,94	0,04
Leutewitz	+ 1,16	+ 1,14	0,02

Sudenburg, Breiteweg 30d.
Reparatur-Werkstatt für Uhren
A. Merker, Uhrmacher
(früher R. Ermisch).
Eine Taschenuhr zu reinigen 1 M., eine neue Feder einzusetzen 1 M.
Verdorb. Uhren werdt. sauber repariert. 2. d. per gut u. pünktig gehen

Agenten u. stille Vermittler
für Versicherungsverträge sucht bei hoher
Bezüge H. Spiegel, Marktstr. 1.
Bd. Bln. 3 50, S. Bln. 3 40711. Br. Bln. 90a
Stube, Kammer, Küche
1319 **Ausführungsstraße 35.**

Zum Schützenfeste!
Reiner weiniger Randschaft und meinen Freunden zur Nachricht, daß ich wieder mit
vorzüglichen 5 und 6 Pfennig-Cigaretten
eigener Fabrikation auf dem Schützenplatze anwende bin.
C. Klees, Wilhelmstraße 17.

Sudenburg, den 1. August 1896.

P. P.

Meinen werten Kunden und einem verehrten Publikum von Sudenburg und Umgegend teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich mein

Manufaktur-, Modewarengeschäft und Herrenschneiderei

mit dem heutigen Tage an meinen Nachfolger, Herrn **Carl Schröder**, übergeben habe.

Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich höflichst, dasselbe auch auf meinen Herrn Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtend

Carl Wehmer.

1323

P. P.

Bezugnehmend auf vorstehende Mitteilung, erlaube ich mir zu bemerken, daß ich das Geschäft des Herrn **Carl Wehmer** unter der Firma

Carl Wehmer Nachfolger

Inh. Carl Schröder

in der bisherigen Weise weiter führen werde. Durch meine langjährige Thätigkeit in der Branche, sowie günstige Einkäufe bin ich in der Lage, meinen werten Abnehmern außerordentliche Vorteile bieten zu können. Meine Geschäftsprinzipien sind auf strengster Reellität begründet und dürfen Sie deshalb überzeugt sein, bei mir in jeder Beziehung vorzüglich bedient zu werden, da ich mich mit einem bescheidenen Nutzen begnügen werde.

Ich bitte für mein Unternehmen um Ihr gütiges Wohlwollen und empfehle mich

mit vorzüglicher Hochachtung

Carl Schröder.

„Concordia“

In der General-Versammlung am 2. d. M. der Krankenzusichrungskasse „Concordia“, jetzt „Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft Berlin“ wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus

Herrn **Fr. Looff**, St. Michaelsstraße 15
Herrn **Weigelt**, Große Steinertischstraße 7
Herrn **Wagner**, Freitische 20

welche die Zustände der Gesellschaft, sowie die bisherigen Verhältnisse untersuchen resp. regeln soll.

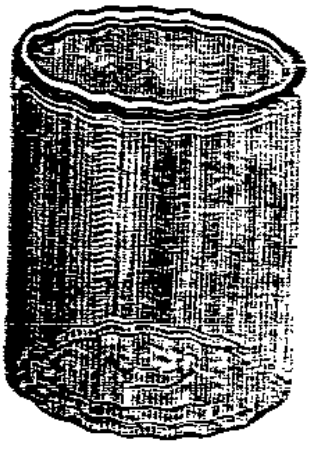
Beizwerden über bisherige Verwaltung sind bei der erwähnten Kommission anzubringen. Zahlungen der Mitglieder, sowie der Gesellschaft sind bis Klärung der Verhältnisse, welche in einer später einzuberufenden General-Versammlung bekannt gemacht werden, einzuhalten.

Fr. Looff.

Carl Kleine's Bazar

25 Breitenweg 25 Neustadt 25 Breitenweg 25

empfehl für Einmacherei:



Einmachegläser

Preis: 1 1/2 2 2 1/2 3 3 1/2
Brosch: 7 8 9 12 16 18 23 28 34



Steintöpfe

Preis, mit 2 Händel

Größe: 2 3 4 6 7 8 10 12 15 18 22 27 33 39
Preis: 10 12 15 20 25 30 40 50 60 80 100 125 165 210

sow. sämtliche braune Töpferwaren zu bekannt billigen Preisen.

89/90 Breitenweg 89/90. Nur noch kurze Zeit

1313 verkaufe ich:
Kleiderschränke und Verließens mit
Küchelaufsatz zu 36 Mk., Bettstellen
mit Matratzen, sehr gut, 40 und 46
Federn, zu 28 u. 32 Mk. sowie Spiegel,
Küchenschränke, Ausrüchten, Tische,
Stühle, alles zu außerordentlich
billigen Preisen

89/90 Breitenweg 89/90 Georg Hook.

Arbeit für Familien.

Zum Abziehen der Fäden gebe ich
grüne Seiden an feindere Familien
aus dem Hause.
Ausgabepreis: morgens und abends
6 Uhr. Abholung: morgens 6 Uhr u. d.
mittags 2 Uhr.

Otto Scheidt, Laservabrik
Pionierstraße 26 1344

Homöopathie!

Wird überaus günstiger u. schneller
Heilung erzielt als durch irgendwelche
andere Mittel. Bei allen Krankheiten.
Sollte die verschickten Proben nicht
zu dem gewünschten Ziele noch helfen.

Visser, homöopath. Prakt.

(Wohnort: Magdeburg) 1216
Magdeburg, Zehlfeldstraße 3.

Büchereipittel der Magdeburger Volksküchen.

1. Größe große Buchstaben 2;
4. Größe Buchstaben 61, 62, 63, 64.
Wunsch: Buchstaben mit Eisenstift
Einrichtung: Buchstaben mit Eisenstift
Preis: Buchstaben mit Eisenstift und
Buchstaben mit Eisenstift
Wunsch: Buchstaben mit Eisenstift
Einrichtung: Buchstaben mit Eisenstift
Preis: Buchstaben mit Eisenstift und
Buchstaben mit Eisenstift

Büchereipittel der Haushaltungsschule des Bauernvereins

Wunsch: Buchstaben mit Eisenstift
Einrichtung: Buchstaben mit Eisenstift
Preis: Buchstaben mit Eisenstift und
Buchstaben mit Eisenstift
Wunsch: Buchstaben mit Eisenstift
Einrichtung: Buchstaben mit Eisenstift
Preis: Buchstaben mit Eisenstift und
Buchstaben mit Eisenstift

Verein der Maler.

Samstag, den 9. August, vormittags 10 Uhr

Fahrt nach Grönwalde

mit dem Schnelldampfer Schnadenburg.

Rückfahrt abends 9 Uhr.

Karten zu ermäßigten Preisen sind zu haben bei Herrn Buchlow, Katharinenstraße 5, sowie bei Herrn Dinnebier, Kleine Eismarktstraße 11.

Alle Maler Magdeburgs und deren Freunde sind hierzu eingeladen.

1325 Der Vorstand.

Waren und Möbel auf Teilzahlung.

A. Friedländer

Breite Weg 118, 1 Tr.

Standesamt.

Magdeburg, den 3. August 1896.

Aufgebote: Alexander Christ, Friedric
Strand in Köhlfeld mit Julie Wilhelm
Kriegerin Köhlfeld hier. Maler August
David Wilhelm Rogge hier mit Friedric
August Emma Schmidt in Köhlfeld
Lehrer Otto Friedrich Heinrich Feige hier
mit Dorothea Wand in Heiligenstadt
königl. Bauinspektor Friedrich Koch in
Paderborn mit Martha Reichert hier
Kaufer Paul Hermann in Caran mit Anna
Waller hier Klempner Heinrich Habeman
mit Maria Gertrud hier.
Eheschließung: Ad. Rudolf Rogge
hiesig mit Pauline Schaar hier.
Geburten: Helene, T. des Schu
machermeisters Gustav Friedrich. Arthur
S. des Schneidermeisters Friedrich Schulz. Hilde
brand, T. des Kupferschmiedes Wilhelm Schulz
Hilke, S. des Malers Otto Weber.
Tina, T. des Schneidermeisters Wilhelm
Oppler. Walter, S. des Bäckermeisters
Friedrich Brandt. Willy, S. des Kauf
manns Otto Feige. Fritz, S. des Bauinsp
ectors Dietrich Feige. T. des Kaufmanns
Franz Landrock. Rosa, T. des Ab
rechners August Margerite, T. des
Schneidermeisters Paul Feige. Hedwig,
T. des Kupferschmiedes Hermann Landrock. Fane,
T. des Kaufmanns Wilhelm Klein. Gertrud,
S. des Kaufmanns Otto Schulz.
Tina, T. des Schneidermeisters Wilhelm

Stieritz eine Zeilg.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

den Brüdern im Auslande Schutzkonkurrenz zu bekämpfen. (Beifällige Zustimmung.) Zu bekämpfen ist diese Erscheinung nur dadurch, daß unter den Ein- und Ausländern überall eine lebhaft agitatorische für den Sozialismus entfaltet wird und die auswärtigen Arbeiter den Organisationen zugeführt werden. Auch diese Resolution ist einstimmig angenommen. (Beifälliger Beifall.) Zu dem interparlamentarischen Komitee soll jede Nation einen Delegierten entsenden. Die Adressen sollen sobald als möglich an Baillant (Paris) gesandt werden. Der Kongress beschließt, auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses die Lage der Seeleute zu setzen und tritt in die Tagesordnung ein. Zur Verhandlung gelangt Punkt 5:

Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse.

Berichterstatter ist **Mollenhuth**. Er beantragt: I. Der Kongress erklärt, daß die Arbeiter aller Nationen die Organisation der Produktion, Transport- und Verteilungsmittel und die Organisation der Produktion unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse anzustreben habe, um so die Arbeiterklasse und unterdrückte Volk überhaupt von der Herrschaft des Kapitals zu befreien. Der Kongress ist ferner der Ansicht, daß die nationale und internationale Agitation in diesem Sinne jeden Tag nötiger wird in Anbetracht des Wachstums der nationalen und internationalen Kartelle und Mägen, hinter welchen große kapitalistische Organisationen stehen und die die freie Konkurrenz unterdrücken. Petroleum, Garn, gewisse Eisenwerke, große Eisenwerke werden bereits von Kapitalistengruppen monopolisiert, die sich anmaßen, die Preise und die Löhne nach Belieben zu bestimmen. Solche kapitalistische Organisationen können von einzelnen Gewerkschaften oder durch vereinzelt politisches Vorgehen nicht mit Erfolg bekämpft werden. Umfassendere Organisationen der Arbeiter sind unerlässlich, um diesen großen Vereinigungen entgegenzutreten zu können. Der Kongress empfiehlt deshalb, daß die Länder, in welchen die Arbeiterparteien das Vorgehen der Kartelle und Mägen bereits planmäßig verfolgen, eine internationale Agentur schaffen, welche die Organisationen dieser kapitalistischen Verbindungen kontrollieren und auf die Bergesellschaftung dieser Unternehmungen durch internationale und internationale Gesetzgebung hinarbeiten soll.

Anstatt dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, wird die zunehmende Produktionsproduktion zur Ursache der nationalen und internationalen Krisen. Die Arbeiter werden auf die Straße geworfen durch die Gewalt der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sie bis jetzt nicht im Stande waren zu regeln. Die Notwendigkeit, diesem kapitalistischen System durch Bergesellschaftung der Produktion ein Ende zu legen, wird in allen zivilisierten Ländern anerkannt. Die großen Kohlenminen, die großen Eisenwerke und chemischen Fabriken, die Eisenbahnen haben auch bereits einen Entwicklungsgrad erreicht, bei dem ihrer Bergesellschaftung keine menschlichen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen. Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter der Welt auf, unter der Leitung bestimmter Maßregeln zur Bergesellschaftung, Nationalisierung und Kommunalisierung der Produktion in ihren respektiven Ländern zuzuhelfen und einander über die geschehenen Schritte zu informieren, um ein möglichst gleichmäßiges, internationales Vorgehen herbeizuführen.

II. Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerlässlich, um der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerkschaften keine wirksamen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Weltwirtschaft selbst Besitz ergreift hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund und Bodens und der Bergesellschaftung. Das hat zur unerlässlichen Voraussetzung ein System gesetzgeberischer Maßnahmen. In diese vollkommen durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die entscheidende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren.

Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist. Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Beteiligung der Arbeiterklasse. Was die Arbeiter im freien Kampf gegen ihre Ausbeuter erzwingen, müssen sie oft erst als politische Macht gesetzgeberisch festsetzen, um es zu sichern. In anderen Fällen macht die gesetzgeberische Errungenschaft den gewerkschaftlichen Konflikt überflüssig. In internationalen Zusammenwirken der Arbeiterklasse in Bezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch in Bezug auf die Arbeiterklasse, wird desto mehr zur Notwendigkeit, je mehr der wirtschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln. Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen notwendig:

1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien;
2. Durchführung einer internationalen Arbeiterklassegesetzgebung. Nachdem der Kongress in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich konzentrieren auf:
 - a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitszeit zu erringen;
 - b) das Schwitzsystem zu beseitigen und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen;
 - c) ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

Um dieses durchzuführen ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Beteiligungen notwendig. Deshalb erklärt der Kongress anschließend an die gleichen Beschlüsse des Pariser und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erfordernis im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land

erstrecken, zusammenschließen und ist jede Zersplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen zu vermeiden. Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirtschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu sozialdemokratischen heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben.

Neben dem Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausführung der Arbeiterklassegesetzgebung zu überwachen, die Beseitigung gesundheitsgefährlicher Betriebsformen, des Schwitz- und Truchsystems zu erstreben.

Der Kongress hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt. Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Zentralkomitee einzusetzen. Diese Komitees sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorkommenden wichtigen Vorgänge gegenseitig melden.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

Bei Streiks, Lock-outs und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen.

Nachdem der Berichterstatter in beifälliger aufgenommenener Rede diese Vorschläge verteidigt, tritt für die aus 3 Stimmen bestehende Minorität der Kommission der Franzose **Gerard** (Generalsekretär der Eisenbahner) für folgende Resolution ein:

In Erwägung, daß auf mehreren französischen Kongressen (Marseille 1892, Paris 1893, Nantes 1894 und Limoges 1895) die Mitglieder der Gewerkschaften sich für den Generalstreik in allen Berufen als ein Mittel zur Emanzipation erklärt haben, daß in Belgien der Generalstreik, obwohl er unvollständig organisiert war, von großer Wirkung bei der Erringung des allgemeinen Wahrspruchs von der Bourgeoisie gewesen ist, daß Schweden und Dänemark im Kampfe für das allgemeine Wahrsrecht dieses Mittel angewandt haben;

daß, wenn der internationale Generalstreik von vornherein unmöglich erscheint, es doch in Bezug auf einen nationalen Generalstreik nicht anders liegen kann;

daß es aber Thatsache ist, daß die Frage eines nationalen Generalstreiks in den verschiedenen Ländern noch nicht genügend untersucht ist, beschließt der Kongress, die Arbeiter aller Länder, insbesondere die Mitglieder der Gewerkschaften einzuladen, diese wichtige Frage zu studieren, sobald ein folgender Kongress darüber beschließen kann.

Der Korreferent behauptet, daß die Kommission sich mit der Frage des Generalstreiks überhaupt nicht habe beschäftigen wollen.

In Sachen des 1. Mai liegt folgende Resolution vor:

Bezüglich der Feier des 1. Mai schließt sich der Kongress den Beschlüssen der früheren Kongresse an. Er sieht die internationale Bedeutung der Maifeier in erster Linie in einer Demonstration für den Achtstundentag und erklärt, daß die Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe mit aller Energie anzustreben ist.

Der italienische Delegierte **Cazari** beantragte über die Frage des Generalstreiks ohne Debatte zur Tagesordnung überzugehen.

Der englische Delegierte **Duelch** beantragt die Resolution der Majorität ohne Debatte anzunehmen, da internationale Kongresse nicht der Ort für Spezialdiskussionen seien.

Beide Geschäftsordnungsanträge werden angenommen. Annie **Sitz** beantragt zu der großen Resolution Amendement, wonach der Kongress das Verbot der Arbeit von Schwangeren und Wöchnerinnen sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft und ihren Unterhalt während dieser Zeit auf Staatskosten fordert. Dieses Amendement wird angenommen, ebenso wird beschlossen, die Einführung der Altersgrenze für industrielle Beschäftigung von Kindern überall zu fordern.

Beschlossen wird weiter ein Amendement Pancerst, wonach die Staats- und Gemeindebehörden verpflichtet sein sollen, die Arbeitslosen gegen anständigen Lohn zu beschäftigen.

Auf Antrag der organisierten jüdischen Arbeiter Londons wird ein weiteres Amendement angenommen, wonach der Kongress sich gegen jedes Einwanderungsverbot gegen fremde Arbeiter ausspricht und die Aufhebung der bestehenden Gesetze dieser Art verlangt.

Zu der Maitresolution wird ein Amendement angenommen, wonach sich die Demonstration auch gegen den Militarismus richten soll.

Die Delegierten werden weiter durch ein angenommenes Amendement aufgefordert, den Zuzug auswärtiger Streikbrecher zu verhindern. Gefordert wird weiter die vollständige Beseitigung der Hausindustrie.

Auf Antrag französischer Delegierten wird beschlossen, ebenso wie die Arbeiterinnen auch die Lehrlinge in die verschiedenen Organisationen aufzunehmen, in besonderen Sektionen zu organisieren und sich ihre sozialistische und gewerkschaftliche Ausbildung ergehen sein zu lassen.

Mit all diesen Amendements wird die Resolution der Majorität und die Resolution über die Maifeier gegen die Stimmen einer Anzahl allemanntischer Gewerkschaftler angenommen. (Beifälliger Beifall.) Ueber die Frage des Generalstreiks, für dessen Erörterung außer den Allemanntischen einige Holländer und Schweden stimmten, wird zur Tagesordnung übergegangen. (Beifälliger Beifall.) Nunmehr wird Punkt 6 der Tagesordnung

Vermischtes

erledigt. Folgende Anträge der Kommission werden beibehalten angenommen:

Der Kongress bekräftigt das unbeschränkte Recht der Freiheit des Gewissens, der Rede, der Presse, sowie das Recht der Vereinigung und öffentlichen Manifestation in allen Ländern für alle Arbeiter und alle Schichten der Bevölkerung, zum Zwecke der Erreichung der politischen, ökonomischen und sozialen Reform.

Der Kongress verpflichtet die Arbeiter aller Länder die energischsten Anstrengungen zu machen, um die Amnestie der politischen Gefangenen zu erhalten und drückt aus seinen Heß gegen das System der Polizei-

Beherrschung, welches oft in Eizene gesetzt wird, in der Absicht, die Bewegung des Proletariats zu unterdrücken und weist die Arbeiter an, ihr Möglichstes zu thun, solche Handlung zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer dürfen nicht den Gegenstand der Spekulation oder des Handels bilden, sondern, als Einwirkung des Gemeininteresses, sollen sie von den Arbeitern selbst und zu ihrem Nutzen organisiert werden.

In weiterer Erwägung, daß die Engagements-Bureau, von Privat-Personen betrieben, die Ursachen sind von großen Mißbräuchen und durchgehender Korruption, fordert der Kongress, daß diese Bureau frei zu sein aufhören und durch öffentliche Bureau der Kommunalgewalten ersetzt werden, oder in allen Fällen der Kontrolle der Gewerkschaften unterworfen sein sollen.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Es folgt die Beratung der

Zulassungsbedingungen

und die Festsetzung von Ort und Zeit des nächsten Kongresses.

Berichterstatter des Bureau ist **Liebknicht**: Der Vorschlag, den nächsten Kongress im Jahre 1898 stattfinden zu lassen, werde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß in diesem Jahre in Deutschland, Frankreich und Italien allgemeine Wahlen stattfinden. Es wurde deshalb das Jahr 1899 bestimmt und Deutschland in Aussicht genommen. Die deutschen Arbeiter rechnen es sich zur Ehre, den nächsten Kongress auszurufen. Aber unsere politischen Verhältnisse sind derartig, daß wir noch nicht sagen können, in welcher Stadt Deutschlands der Kongress abgehalten werden wird. Auch die Sicherheit unserer Gäste muß uns am Herzen liegen. Unsere Gäste aus Polen und Rußland haben zu befürchten, daß sie an Rußland ausgeliefert werden. Es giebt es aber noch andere Orte in Deutschland als Berlin. Sollten die Verhältnisse die Abhaltung des Kongresses in Deutschland unmöglich machen, so soll er im Jahre 1900 in Paris während der Weltausstellung stattfinden. Die Einladung der amerikanischen Arbeiter, den nächsten Kongress in New-York zu veranstalten, mußte unter Dank abgelehnt werden, da die Reise zu kostspielig ist und zu viel Zeit erfordert. Nun die Zulassungs-Bedingungen! So großartig der Gedanke der internationalen Kongresse ist, haben wir doch nicht bisher erreichen können, daß die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ungehindert tagt. Wir sind Demokraten und können deshalb nicht die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen. Bisher waren wir genötigt, auf jedem Kongress die Frage der Zulassung der Anarchisten zu besprechen. Die Debatten sind stets fruchtlos geblieben und haben nur zu Schandal geführt, so daß die Gegner sagen konnten: Geht die Männer, die eine neue Welt schaffen wollen, sind nicht im Stande, Ordnung auf ihrem Kongress herzustellen. Wenn nicht die Zulassung der internationalen Kongresse den ernstlichen Kämpfern für die Emanzipation verweigert und verleidet werden soll, dann muß eine andere Form der Einladung gefunden werden. Es giebt keine allgemeine Formel, wodurch die Anarchisten ausgeschlossen werden können. Wir haben es mit der Züricher Resolution versucht, und sie ist uns zerfallen worden. Wir müssen deutlich sagen, einmal wen wir einladen und zweitens dafür sorgen, daß der Einladung gemäß auch gehandelt wird und daß den Einladenden auch die Kraft verbleiben wird, alle Elemente, die nicht in die Arbeiterbewegung hineingehören, von der Schwelle abzuweisen. (Beifälliger Beifall.) Das Bureau, in dem alle hier vorhandenen Richtungen und Strömungen vertreten waren, ist schließlich zur vollen Einmütigkeit gelangt. Auch das Verlangen, die Gewerkschaften aufzuschließen, ist als Rückschritt zurückgewiesen. Dagegen wird deutlich gesagt, daß Anarchisten nicht auf den Kongress gehören. (Beifälliger Beifall.)

Der Vorschlag des Bureau, den Liebknicht vertreten, hat folgenden Wortlaut:

a) Das Bureau des Kongresses wird beauftragt, die Einladungen zum nächsten Kongress zu erlassen und ausschließlich einzuladen

1. die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktions-Ordnung in die sozialistische Eigentums- und Produktions-Ordnung anstreben und die Teilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Tätigkeit als ein notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen,

2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe beteiligen, doch die Notwendigkeit politischer und parlamentarischer Tätigkeit anerkennen. Anarchisten sind nicht einzugelassen.

Die Prüfung der Mandate soll durch die nationalen Gruppen selbst geschehen mit Vorbehalt des Rücktrages an eine besondere Mandats-Prüfungskommission, die aus Vertretern aller nationalen Gruppen besteht. Die Mandate jener Nationalitäten, die weniger als fünf Delegierte senden, werden von der Mandats-Prüfungskommission geprüft ebenso wie die angebotenen Mandate.

b) Der Kongress beschließt, daß der nächste Kongress im Jahre 1899 in Deutschland stattfinden soll. Im Falle die Abhaltung des Kongresses in Deutschland unmöglich sein sollte, wird beschlossen, ihn im Jahre 1900 in Paris abzuhalten.

Anßerdem liegen 10 andere Vorschläge vor. Der wichtigste davon ist der der **S. D. F.**, der auch von den Gewerkschaften, die zum Kongress zugelassen werden wollen, die Zustimmung zum sozialdemokratischen Programm und zur politischen Aktion verlangt. Hiergegen protestiert namens der Trades Unions **Stevenson**, der Toleranz verlangt und sich mit dem Vorschlage des Bureau einverstanden erklärt.

Es ist inzwischen 1 Uhr geworden und der Kongress beschließt die Debatte zu schließen. Es wird nach Nationalitäten abgestimmt. Für das Amendement der **S. D. F.** stimmen von der englischen Delegation 100, dagegen 119; auch die übrigen Nationalitäten stimmen mit Ausnahme Australiens, das Aveling vertritt, und der allemanntischen Gewerkschaftler dagegen.

Die Vorschläge des Bureau werden hierauf einstimmig angenommen; dagegen sind nur die Allemanntischen. Der Kongress gedenkt noch der Männer, die vor 25 Jahren den ersten internationalen Kongress in London abgehalten, spricht seine Sympathie mit allen für ihre Freiheit kämpfenden Völkern aus und wird vom Vorsitzenden, nachdem er im Namen des internationalen Proletariats den Engländern gedankt, mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Hieran schließt sich der Gesang der Marxeiliede und der Carmagnole.

Das Meeting der Sozialisten.

Am Donnerstag Abend fand ein großes Meeting im Kongresslokal statt. Es wurde mit einem deutschen Liebes-„Freiheit oder Tod“ eingeleitet, das die Gesangsabteilung des hiesigen kommunistischen Arbeiterbildungsvereins vortrug. Nach den einleitenden Worten des Präsidenten **Ramsdick** betrat als erster Redner unser alter Genosse **Greulich**, der Schweizerische Arbeitersekretär, die Tribüne. In martigen Worten zeichnete er die materiellen Grundlagen und die idealen Ziele des Sozialismus. Das

*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterklassegesetzgebung, in welcher folgende Forderungen zum Gesetz erhoben werden sollen:

1. Der achtstündige Normalarbeitszeit;
2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Kinder, von 14 bis 18 Jahren, auf 6 Stunden täglich;
3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Berufe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
6. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
7. Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
8. Aufhebung des Schwitzsystems;
9. Eine alle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie umfassende Inspektion durch staatliche Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Christentum, so begann Greulich, ist vormalig den Juden als ein Vergernis, den Griechen als eine Schmach erschienen. Das gilt auch heute vom Sozialismus, der von den Gewalthabern gehaßt, von den Superfluen unserer Tage verspottet wird. Und doch müssen sie alle erleben, wie ein Sieg nach dem andern sich an unsere Fesseln kettet. Das kommt, weil unsere Bewegung den wirklichen Tatsachen folgt; auf rein materiellem Untergrunde erwächst eine Bewegung, die an Idealität alles übertrifft, was bisher dagewesen ist. Frau Uvelling, die die trefflichste, übertrug die Worte Greulichs ins Englische. Vom tosenden Beifall begrüßt, betrat sodann Gaurès die Tribüne. In atemloser Spannung folgten die Anwesenden der hinreißenden Beredsamkeit unseres französischen Genossen. In den alten Gewerkschaften, sagte er, seien bereits die Keime enthalten zu den sozialistischen Gefühlen und Gedanken: die Solidarität, der Wahlspruch: Alle für Einen, Einer für Alle. Wo aber diese Solidarität der Arbeiter sich einstelle, suchten die herrschenden Klassen sie brutal zu unterdrücken. Darum haben die Arbeiter die weitere Aufgabe, sich gegen die Unterdrückung zu wehren und im politischen Kampfe die Bahn frei zu machen für den weiteren Fortschritt bis zum endgültigen Siege. — Dem französischen Redner folgte Wilson, Mitglied des Parlaments und Vertreter der alten Gewerkschaften. Die Worte seines Vordredners hatte er mißverstanden und suchte nun die alten Gewerkschaften gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen. Er that dies aber in so ungeschickter, um nicht zu sagen taktloser Weise, daß er von seinen eigenen Landsleuten fortwährend auf das stärkste unterbrochen wurde und sich schließlich unter lautem Gelächter und „Hu!“ niederlegen mußte, während die ausländischen Delegierten diesem befremdenden Schauspiel stillschweigend, aber gewiß nicht ohne innere Teilnahme zusahen. Es war ein Stück englischer Sozialgeschichte, das sich vor ihren Augen abspielte. — Millérand brachte mit seiner geistreichen, ruhigen und bestimmten Eloquenz die Verhandlung wieder auf ihre Höhe. Ihm folgte unser Hebel, der jubelnd empfangen wurde. Er führte aus, daß wir in London zusammen gekommen seien, um der ganzen Welt zu zeigen, daß die Proletarier in allen Ländern einig denselben Weg gehen. Wir seien zusammen gekommen, um uns gegenseitig zu belehren und die Grundlagen gemeinsamer weiterer Tätigkeit zu schaffen. Als sodann Viehbach vortrat, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Da konnte man sehen, wie sehr unser „Alter“ auch den Engländern ans Herz gewachsen ist. Der Spanier Iglesias und der Oesterreicher Dr. Adler ergänzten die Musterreihe der glänzendsten Redner der internationalen Arbeiterbewegung, und gewiß mit Recht konnte Hyndman zum Schluß ausrufen: „Wo in aller Welt giebt es eine Partei, die eine Rednertribüne voll solcher Männer aufzuweisen hat.“ Es war in der That eine der eigenartigsten Versammlungen, die wohl je stattgefunden haben, und man wird die Begeisterung begreifen, mit der die Anwesenden stehend und entblößten Hauptes in die Marzillaise und das Hoch auf die internationale Sozialdemokratie einstimmten, womit die Versammlung geschlossen wurde. C. B.

Eine Konferenz der weiblichen Delegierten
Ist während des Kongresses in der Queen's Hall statt, an der etwa 30 Frauen aus allen Ländern teilnahmen. Man war einig darüber, daß zur Ausbreitung und Förderung der sozialistischen Frauenbewegung in allen Ländern vor allem für Organisation der Arbeiterinnen gesorgt werden müsse, daß diese Organisationen aber nur da groß und stark werden können, wo man unbeschränkte Kooperationsfreiheit habe. Ein Antrag an den Kongreß wurde von Witz Gies gestellt für besseren Wohnereinstausch, da besonders in England keine gesetzlichen Schutzbestimmungen

für die Arbeiterinnen in dieser Hinsicht bestehen. Der Kongreß stimmte demselben zu. — Eine gemeinsame Verbindung zu haben und auf dem nächsten internationalen Kongreß einheitlich teilnehmen zu können an allen Arbeiten und speziell der Vertreter der Frauen, wurde beschlossen, ein Korrespondenzkomitee einzusetzen, in welchem vertreten ist Rußland, England, Holland, Frankreich, Deutschland, Belgien, Amerika, aus den nicht vertretenen Ländern wird man noch Frauen zuziehen. — [C. B.]

Ein internationaler Kongreß der Schuhmacher
Ist nicht statt, dagegen suchte Genosse Bod mit den Leitern der englischen Gewerkschaft der Schuhmacher anzuknüpfen, was ihm auch gelang. Herr Jnsky, der Leiter der englischen Union und Herr Botten, der Vorsitzende der Londoner Sozialunion, erklärten ihr Einverständnis zu gemeinsamem Zusammenwirken. Auch will die englische Organisation auf dem im nächsten Jahre in Brüssel stattfindenden internationalen Schuhmacherkongreß vertreten sein. [C. B.]

Auch die Vertreter der Seelen- und Hafenarbeiter
Sind während des Londoner Kongresses zu einer internationalen Konferenz zusammengetreten, um einen Meinungsaustrausch und eine Verständigung betr. die Verbesserung der Lage dieser Arbeiterkategorien zu erzielen. Alle anwesenden Vertreter waren darüber einig, daß ein gemeinsames Operieren dieser Branchen in allen in Betracht kommenden Ländern von größtem Nutzen sei und wird nach dieser Richtung hin in Zukunft eine rege Agitation entfaltet werden. [C. B.]

Der internationale Hutmacherkongreß
Tagte vom 27. Juli bis 31. Juli in London. Vertreten waren 5600 englische Hutarbeiter und Arbeiterinnen durch 7 Delegierte, 3000 französische durch 2 Delegierte, 4600 deutsche durch 2 Delegierte und 1700 österreichisch-ungarische durch 1 Delegierten. Aus den Berichten aller Delegierten ging hervor, daß die Hutmacher aller Länder unter der Einführung neuer und verbesserten Maschinen sehr zu leiden haben, die Arbeitsbedingungen werden dadurch verschlechtert. Das Resultat der Verhandlungen war der Beschluß, einen internationalen Verband zu gründen, dessen Zweck ist: 1. sich bei Streiks und Ausperrungen gegenseitig materiell zu unterstützen und Streikbrecher fernzuhalten, 2. ausländische Arbeiter beim Aufsuchen von Arbeit zu unterstützen und ihnen womöglich auszusenden, 3. Geschäfts- und Rechenschaftsberichte auszutauschen, 4. den französischen Verband mit der Leitung des internationalen Verbandes zu betrauen, 5. den nächsten Kongreß im Anschluß an den allgemeinen internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß abzuhalten. [C. B.]

Internationale Brauereiarbeiter-Konferenz
Am 30. Juli fand hier eine internationale Brauereiarbeiter-Konferenz, an der Vertreter aus England, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika teilnahmen, statt. Aus Holland, Belgien und Frankreich lagen Zustimmungsschreiben vor. Zum Vorsitzenden wurde Viehbach-Hannover gewählt, der auch den Bericht über die Lage der deutschen Brauereiarbeiter gab. Seit 1890 habe eine Besserung der Löhne in den größeren Ören Platz gegriffen, die freilich auch erst durch mannigfache Kämpfe erreicht worden sei. Die deutsche Organisation zähle 8000 Mitglieder, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Brauer das Möglichste beizutragen versuche. Besonders in Schleien, Kormern, Öpferzen, Thüringen und teils auch in Württemberg und Baden bestehen noch jämmerliche Zustände. Die Arbeitszeit betrage hier noch 15—20 Stunden, der Stundenlohn 6—10 Pfg., der

Monatslohn 36—60 Mk. Die Wohnräume gleich vielfach Viehställe. Andererseits bezögen die Brauereidirektoren Gehälter von über 50000 Mark. In Budapest berichtet über die Lage in Oesterreich-Ungarn, wo ganz ähnliche Zustände wie in Deutschland zu finden sind, teilweise seien sie sogar noch krasser, da in Ungarn sei noch das vacierende (Aushilfe) System eingeführt. Schmidt-Bern berichtete über den Streik der Schweizer Brauereibesitzer mit den Brauereiarbeitern vom Jaun gebrochen haben. Erst ein Wort der Schweizer Arbeiter habe die Unternehmung zur Raison bringen können. Er wie der Vordredner konnte die Notwendigkeit internationalen Zusammengehens. Der englische Delegierte berichtete, daß zwar in England das meiste Bier konsumiert und produziert werde, daß aber nicht billig und gut genug sei, um den Arbeitenden Whisky zu ersetzen. Wenn das deutsche Bier noch mehr Bahn brechen sollte, könnte vielleicht Schnapskonsum eingebämmt werden. Die Arbeitszeit betrage 13—15 Stunden, der Lohn 15—20 Schilling pro Woche in London, in der Provinz weniger. In Amerika lag der günstigste Bericht vor. Der Amerikanische Verband zählt 12000 Mitglieder, der Durchschnittslohn 13—14 Dollars die Woche. Der Verband steht auf sozialistischer Grundlage. — Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, diese Mitglieder der einzelnen Organisationen die voll ihre Pflicht erfüllt haben, ohne weiteres von einer in die andere Organisation übertreten dürfen. Bei Lohnkämpfen soll gegenseitige Unterstützung geübt werden. Die Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit soll mit aller Kraft gefördert werden. Als Sitz des internationalen Bureaus wurde Budapest gewählt, zum Sekretär Ravazollo-Budapest ernannt. Die übrigen verhandelten Angelegenheiten entbehrten des allgemeinen Interesses.

Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein
Veranstaltete am Freitag abend eine Versammlung, an der die deutschen Delegierten eingeladen waren. Die Genossen in London auf dem klassischen Boden des Kommunistenbundes gemeinsam eine Stunde zu verbringen. Genosse Lechner, der treue Gefährte von Marx und Engels begrüßte die Gäste und erneuerte für die deutschen Sozialdemokraten Londons das Gelöbniß der Treue zur deutschen Bewegung. Genosse Singer dankte für den freundschaftlichen Empfang. Die deutsche Partei könne wohl mit einer gewissen Genugthuung auf ihre bisherige Tätigkeit zurückschauen aber auch andere Parteien haben riesige Fortschritte gemacht, vor allem die Franzosen und Belgier. Wir werden auch künftig nicht die Hände in den Schoß legen. Genosse Heinrich Schmidt-Bern überbrachte die Grüße der deutschen Arbeiter in der Schweiz. Die deutschen Arbeitervereine im Ausland — in der Schweiz, in Paris und nicht zuletzt auch in London — seien die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wohl haben sie nicht mehr die bedeutungsvolle Aufgabe wie zu jener Zeit, als in Deutschland selbst jede Organisation jede freie Bewegung unterdrückt war, aber wohl hatte ihrer noch viele Aufgaben in der Heranbildung der zahlreichen in Deutschland zuwandernden Jungmannschaft. Die Genossen Greulich (Zürich) und Lauther (Stuttgart) wußten die Anwesenden zu fesseln durch ihre interessanten Erzählungen aus dem reichen Schatze ihrer Erfahrungen. Erst gegen 1 Uhr trennten sich die Anwesenden, zu denen auch unser alter Postmeister Julius Motteler gehörte. Wir möchten bei dieser Gelegenheit hervorheben, daß der klassische Kommunistenklub in einem sehr wenig klassischen Lokal hause muß. Es wäre gewiß zu wünschen, daß sich die Möglichkeit bald bietet, dem Verein ein behagliches und feines Größe und Bedeutung mehr entsprechendes Heim zu verschaffen. [C. B.]

Fenilleton.
Der Jude.
Deutliches Situationsgemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von A. Spitteler.
„Schmätzer! Schmeißer!“ verjegte Gerhard: „einen Menschen verkauft man nicht um solch elendes Geld.“
„Ich weite doch,“ sprach Ben David ironisch: „Ich verkaufe mich um ein geringeres.“
„Um das Vergnügen, Dich zwischen zwei Händen aufhängen zu sehen,“ brummte der Junker: „Du hast recht. Aber einen Christen verhandelt man nicht um dreißig Silbergroschen.“
„Du denn nicht Judas den ersten aller Menschen,“ rief Herr, den Horn alles Christentums um gleiches Geld weggegeben? fragte Ben David.
„Es konnte auch nur ein Jude solchen Handel treiben!“ polterte Gerhard mit wachsendem Zorn: „und jetzt packe Dich. Ich fürchte ohnehin, daß ich Sünde thue, wenn ich das junge Leben Deiner gramgewordenen Besonnenheit überlasse.“
Ben David packte die Achseln, schlug langsam die Augen gen Himmel, stellte sich hierauf zum Däse, langte aus seinem Zwerchhau einen nicht übermäßig gewöhnlichen Lederbeutel hervor, und begann Geld anzuzählen. Gerhard spielte hierbei den Gleichgültigen, obgleich er im Innern bereits an seinem Siege frohlockend zehrte; der Knabe, der seine Unschuldige, um dessen Haut und Haar der ganze böse Handel ging, ergötzte sich mit lauterem Auf an dem Klang der Silberstücke, die aus des Juden Lagerung gingen auf den Tisch rollten, und sehr langsam und sehr bedächtig von ihrem bisherigen Besitzer in die Höhe des Schmers gestellt wurden. Gerhard konnte nur mit Mühe bei dieser geschehenen Vorgang sein Ungeduld verbergen. Endlich schüttelte der Jude den leeren Beutel aus: „Sieh da, mein ganzes Vermögen: vierundzwanzig Taler — nicht mehr und nicht weniger als das, was ich habe. Wohl Ihr's so nehmt. Die fünfzig Taler nicht verlocken.“

„So rolle Dich, und verließ Dich ein andermal mit mehrerem Gelde, wenn Du zu einem Edelmann gerufen wirst,“ antwortete Gerhard kalt, der nun die Handlungsweise seines neuen Bekannten begreifen lernte.
„Ich kann nicht mehr geben,“ fuhr der Jude fort.
„Ich habe nicht mehr, als das und mein Leben.“
„So behalte beides in Gottes Namen und ichere Dich fort!“ verjegte der Junker mit immer größerer Zuversicht. — „Ich habe einen anderen.“
„Ihr seid ein böser Kaufmann!“ meinte Ben David und fluchte sich, als wollte er das Geld zusammenraffen. Da ihn aber Gerhard von diesem Thum nicht abhielt, so ließ er es bleiben, und holte statt dessen einen volleren Sumpfen aus seinem Sack, in welchem sich mehr Geld eingeschmuggelt befand, als in dem geleerten Beutel gewesen war. — „Sieh,“ fuhr er fort: „wozu mich Eure Parteilichkeit verleitet. Das ist amerikanisches Geld, und ich muß davon entweder acht Taler, um sie Euch zu geben. Ich möchte mich selber schlagen ins Gesicht, daß ich das thue, aber ich bin zu menschlich für Euch gesinnt, als daß ich Euch nicht helfen sollte aus der Not.“
Die fünfzig Taler waren voll, und behaglich lächelnd rief der Junker das Geld ein. — „Für das Geld den Knaben,“ sprach er: „auf nimmer wieder zu erpachten; aber erlaubigen werde ich mich zu Friedberg, wie Du den Knaben verlorst.“
„Du den Knaben?“ antwortete der Jude mit aller Aufregung: „Ich kenne den Knaben eine weidere Mutter. Kommt, Mädchen!“
Der Kleine verzog sich anfänglich. „Der Mann bringt Dich zur Mutter!“ redete ihm Gerhard zu. — „Ich will lieber bei Dir bleiben,“ meinte das Kind. — „Aber auch zur Mutter und dem Heinen Mädchen!“ sagte Gerhard bei. Der Jude nickte freundlich grinsend zu dieser Zusage, und der Knabe war schnell für den neuen Führer gewonnen. Geduldig lag er sich an seine Hand und zelte, ohne viel Widerstand zu nehmen, mit ihm von dannen. So sprang das unglückliche Kind neben seinem Herrn dahin, in härmlicher Hast, nicht wissend, was es zur letzten Stunde, wird es zur Schlachtbank gebracht.

Zweites Kapitel.
Ein schlicht Gewand Den Zepher hält
Deckt in der Welt Wis's ihm geßalt
Wer oft den Mann, Wer sich's ihm er
Der in der Hand Ballade.
„Schon gefaltet und aufgezaunt?“ fragte ein junger lebhafter Mann von ausnehmend schöner Gestalt und nehmendem Wesen den Knecht des Junkers von Hilschleben, der den erlösten Gaul mit der Reisedecke schmückte.
„Dachte nicht, daß es schon so weit sein würde, nach dem was ich gehört!“
„Sprachst, und stand mit wenig Sprüngen in der Maienstube vor dem Edelknecht. Dieser sah bei einem Paßglase Malvasier, und kanzelte den demütigen Mann zum Restock auf gut deutsch ab, wegen seines unziemlichen Benehmens gegen fremde ehrsame Edelleute. Der jedoch des Besuchs anständig wurde, schickte er kurz abbrechend den Kneipenmeister zum Teufel und wendete sich in der frohlichsten Laune zu dem Jüngling.
„Sieh da!“ sprach er: „Edles Herrlein, seid willkommen. Habt doch Wort gehalten, obgleich Ihr's in Martinsjubel gehabt. Ihr verschmäht es nicht, in der Gesellschaft eines alten Schrankenrennfers zu reiten, die Wappen und Freiheit an Eure Stadt verkaufen müßt um schändes Gold.“
„Ei warum denn, possierlicher Mensch?“ fragte der Jüngling. „Wer mir auf der Lebensbahn aufstößt, lüftungsgemeint wie ich, ist vor allen mein lieber Gefährte, er schauet nun unter einer Grafenkrone, ein Fuchterhaube oder einem Gugelhute hervor. — Mein Degentkopf; ich habe von Demem gebrannten Herzle gehört, und bin gekommen, dich zu befreien aus den Schlingen der Edomiter, die gar zu gern einhergefahren wären auf Deinem Turnergaule!“ Hier kumperte er den Gerhard gar anmutig mit einem gefüllten Beutel vor dem Ohren. — „Ich komme jedoch zu spät, wie ich zu mein durchlöcheres Sieb, dem Handel so schnell ein Ende machen?“
(Fortsetzung folgt)